

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Genosse Dr. Heller:

## Die Zollunion — kein Politikum.

Gegen übereilte Schritte in einer unfertigen Sache.

Prag, 7. Mai. Im Rahmen des Senates wurde heute die Debatte über das letzte Venes-Exposé abgelehnt und vom Minister selbst durch ein Schlusswort beendet, in dem er Deutschland und Österreich gegenüber einen sehr versöhnlichen und ruhigen Ton anschlug, aber auch innenpolitisch ansprechend zu wirken suchte.

Gleich zu Beginn behandelte Genosse Dr. Heller in einer formell wie sachlich bemerkenswerten Rede unseren Standpunkt zur Zollunion, wobei er auf die Konstatierung des Hauptgewichts legt, daß diesem Plan noch jegliche ziffernmäßige Grundlage fehle und daß man in diesem Anfangsstadium in der Kritik und in den diversen diplomatischen Schritten mehr Zurückhaltung hätte üben sollen; vor allem müsse man die ganze Angelegenheit nicht als Politikum, sondern rein wirtschaftlich auffassen.

Hedner gab eine ausgezeichnete Darstellung all der noch zu erwartenden Komplikationen und verschloß nicht, daß auch wir eine gesamteuropäische Lösung vorziehen; allerdings dürfe sie nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern müsse ehestens sich praktisch auswirken. Nachdrücklich verdient die Warnung unterstrichen zu werden, in Genf unsere besten Abnehmer nicht zu brüskieren.

Als im Lauf der Debatte ein Nationaldemokrat — allerdings in wesentlich gemäßigterem Ton als die Presse dieser Partei — den „Fall Boh!“ aufstufte, meldete sich Genosse Dr. Heller dann noch einmal zu Wort und deckte in ganz entschiedener Weise die Brunnenvergiftung auf, die mit dieser Rede von seinen gewisser tschechischer Reichsparteien seit einer Woche betrieben wird. Ebenso entschieden wie sich Genosse Dr. Heller dagegen wandte, daß aus durchsichtigen Gründen in diese Rede Dinge hineingeredet werden, die nie ausgesprochen worden sind, ebenso ließ er sich Dr. Heller namens unserer ganzen Partei hinter den Sinn und den Wortlaut der Rede, wie sie wirklich gehalten wurde.

Die tschechische Rechtspresse konnte nun wirklich einmal aufhören, die „Affäre Boh!“ gegen die Sozialdemokratie anzuschützen. Sie blamiert dabei doch nur Herrn Kramar und ihre anderen Parlamentarier, die sich die angeblich so fürchterlich staatsfeindliche Rede seelenruhig und ohne Widerspruch angehört haben; eine Aufregung aber, die so verspätet kommt, wie die Töne aus Münchhausens eingefrorener Trompete, ist alles andere als echt und ursprünglich.

Zu Beginn der Sitzung führte  
Genosse Dr. Heller

unter anderem aus:  
Der Gegenstand des Exposés des Herrn Ministers war die Zollunion, die zwischen Deutschland und Österreich beabsichtigt ist.

Meiner Ansicht nach ist es nicht zweckmäßig gewesen, von Anfang an die Frage, so wie sie uns vorliegt, auf das politische Gebiet zu übertragen.

Es haben beide Staaten mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Zollunion, die sie miteinander abschließen wollen, mit dem politischen Zusammenschluß der beiden Staaten nichts zu tun hat. Ich glaube, daß wir uns doch an diese Verlautbarung der beiden Regierungen halten können! Der Herr Minister hat in seinem Exposé angeführt, daß die Frage, ob die Vereinbarungen, die zwischen den beiden Staaten beabsichtigt ist, dem Genfer Protokoll vom Jahre 1922 widerspricht, voraussichtlich dem Gerichtshof im Haag vorgelegt werden wird. Es wäre daher ganz möglich, sich darüber zu unterhalten, ob der Vertrag den Bestimmungen vom Jahre 1922 entspricht oder nicht.

Ich kann den beabsichtigten Vertrag nur so betrachten, wie er mir vorliegt,

als eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, und ich will mich daher auch mit dieser Frage nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt befassen. Ob die Verwirklichung einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich für den einen oder für den anderen Staat und dessen Bevölkerung vorteilhaft oder nachteilig sein wird, haben wir nicht zu beurteilen.

Uns kann nur interessieren, ob die Verwirklichung der beabsichtigten Zollunion für uns selbst vorteilhaft oder nachteilig wäre.

Wir haben vor allem die Interessen unserer Wirtschaft zu wahren. Wer würde sich heute trauen, mit vol-

ler Bestimmtheit zu sagen, welches für uns die Folgen des Abschlusses der Zollunion wären, wo doch nichts anderes vorliegt als das reine Aushandeln, ohne jede Ziffer, ohne jede Andeutung darüber, wie die Zollfragen zwischen den beiden Staaten erledigt werden?

Der Herr Minister hat ganz richtig gesagt, daß wir nicht wissen, wie jene Zwischenfälle, die zwischen den beiden Staaten gelten werden, aussehen werden. Wir wissen auch nicht, wie diejenigen Fälle aussehen werden, die nach dem Zustandekommen des Zollbündnisses dem Ausland gegenüber Deutschland und Österreich gemeinsam einzuheben werden. Und wir wissen gar nichts von der Bereitschaft der beiden Staaten, mit anderen Staaten Handelsverträge abzuschließen, und von deren Bedingungen.

Deshalb ist auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eine Stellungnahme zu diesem Vertrag oder zu diesem beabsichtigten Vertrag ungemein schwierig.

Ganz richtig ist, daß insbesondere mit Rücksicht auf die beabsichtigten Zwischenfälle die große Bedeutung für die bestehenden Weisbegünstigungsverträge hervorgehoben wird. Es ist ganz klar, daß, wenn die beiden Staaten untereinander Zwischenfälle einheben, alle jene Staaten, die mit Österreich und Deutschland Weisbegünstigungsverträge haben, Anspruch darauf erheben werden, daß diese Zwischenfälle auch ihnen gegenüber gelten, oder, daß die Weisbegünstigungsverträge gekündigt werden müssen. Welche Wirkung das hätte, brauchen Ihnen nicht erst zu erklären. Es ist in den letzten Monaten ein anderes Politikum, die Präferenzzölle, aufgestellt worden. Dasselbe, was von den Zwischenfällen gilt, gilt auch von den Präferenzzöllen. Zwischenfälle sind ihrem Wesen nach auch Präferenzzölle. Es kann mir nicht vorstellen, daß Präferenzzölle ohne vorherige Kündigung der Weisbegünstigungsverträge oder ohne vorherige Vereinbarung mit den betreffenden Staaten eingehoben werden können. Ich glaube übrigens, daß die Vereinigten Staaten ein angeheures Interesse an dem Abschluß ihrer landwirtschaftlichen Produkte in Europa haben und sich die Einführung von Präferenzzöllen nicht ruhig gefallen lassen, und wer es auf einen Zoll- oder Wirtschaftskrieg mit den Vereinigten Staaten ankommen lassen kann, weiß ich nicht!

Die Einführung von Zwischenfällen hätte doch zur Folge, daß die beiden Staaten erst die Weisbegünstigungsverträge zu kündigen hätten, und das ist nicht zu erwarten. (Min. Dr. Venes: Nein, sie haben vorausgesetzt, daß die anderen dazu schweigen werden, wie sie das durchzuführen.) Das ist eine Realität und für so nah halte ich weder die Österreicher noch die Deutschen! So nah wäre auch nicht die Tschechoslowakei, deren Einfuhr nach Österreich 15 Milliarden ausmacht, dazu zu schweigen!

Ich sage noch einmal wir müssen abwarten — wann es dazu kommt —, was weiter zwischen den beiden Staaten vereinbart werden soll. Wir vertreten sicher auch die nationalen Interessen unseres Volkes, wie es jede Partei tun muß, aber wir erblicken das nationale Interesse nicht in irgendwelchen vagen nationalen Phrasen, sondern sehen dieses Interesse hauptsächlich in der Erhaltung unserer Menschen. Wenn z. B. beim Zustandekommen einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich für das namentlich gemeinsame Zollgebiet die Prohibitivzölle sowohl auf agrarischen, wie auch industriellen Gebieten eingehoben werden, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dies für uns in jeder Beziehung nachteilig wäre, insbesondere nachteilig für die Ernährung unserer Bevölkerung, da durch hohe Zölle eine Teuerung unserer Lebenshaltung einträte, der, wie wir fürchten, die Erhöhung der Löhne nur langsam folgen würde, und es so zu einer schweren Schädigung unserer Arbeiterkraft, auch der deutschen Arbeiterkraft in diesem Staat, kommen müßte.

Der Herr Minister sagte in seinem Exposé, daß man mit einer reinen Negation nicht auskomme, daß wenn man schon die Zollunion abschneide, dem ein positives Programm entgegenstellen müsse. Ich halte es für ein Verdienst Deutschlands und Österreichs, daß sie dem Stillstand, der in Europa eingetreten ist, und zwar insbesondere nach dem Scheitern des Zollfriedens, ein Ende gesetzt haben. Auch wir lehnen die Bildung wirtschaftlicher Kampfblochs ab,

wir sehen allerdings nicht ein, daß die Zollunion, die den anderen Staaten den Eintritt in sie offen läßt, einen solchen Kampfblock unbedingt zur Folge haben muß.

Wir stimmen dem Herrn Minister zu, wenn er eine europäische Gemeinschaft vorschlägt,

und dies um so eher, als unsere Internationale schon längst den Standpunkt vertreten hat, daß sich die Wirtschaftfrage in Europa nicht regional lösen läßt, sondern nur durch einen Gesamtplan, und ist in der Zollunionfrage den gleichen Standpunkt eingenommen hat, wie wir. Wir stimmen in dieser Frage mit der gesamten internationalen Front überein.

Wir stimmen dem Herrn Minister auch zu, wenn er eine Lösung der Agrarfrage, die Beibehaltung der Weisbegünstigungsverträge, bilige Kredite und ähnliches verlangt. Wir können ihm mit besonderer Freude zu, wenn er in seinem Exposé klar und eindeutig die Herabsetzung der Arbeitszeit für notwendig erachtet,

eine Forderung, die bekanntlich der internationale Gewerkschaftsbund schon vor Monaten in Stockholm gestellt hat. Allerdings fürchte ich, daß die solche Herabsetzung der Arbeitszeit nicht jene günstigen Folgen für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit haben wird, wenn sie nicht Hand in Hand mit der Regelung des Arbeitslohns geht. Diese ist zu einem großen Anlauf geworden, so daß sie im Zusammenhang mit den Rationalisierungsmaßnahmen eine Herabsetzung der Arbeitszeit leicht paralysieren könnte. Der Minister hat ferner von der

Reglementierung der Produktion und Distribution

gesprochen. Es ist klar, daß wir Sozialisten dem uns zu klären können, den Reglementierung der Produktion und Distribution ist nichts anderes, als der Übergang von der planlosen zur planmäßigen Wirtschaft. Allerdings habe ich Zweifel, ob eine solche Reglementierung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist. Auf keinen Fall könnten wir dem zustimmen, daß diese Reglementierung der Industrie selbst überlassen bleibt, denn gerade das Beispiel des Zuckerabkommens zeigt uns, daß die Zucker exportierenden Staaten, insbesondere die Tschechoslowakei, die hohen Zuckerpreise erhalten haben. Ich frage aber, ob diese Reglementierung in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erreichen sein wird. Niemand kann behaupten, daß eine solche Regelung sehr langwierige und schwierige Verhandlungen voraussetzt, und ich möchte fragen, ob unsere wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine gesamteuropäische Regelung, auf eine Reglementierung der Produktion und Distribution warten können.

Ich fürchte, daß das nicht der Fall ist. Wir wissen nicht, wie lange wir diese Preise noch aushalten können, und ich fürchte, daß, wenn nicht rasch und wirksame Maßnahmen ergriffen werden, auch die Tschechoslowakei eine dauernde Arbeitslosigkeit von vielleicht 100.000 oder 150.000 Menschen behalten kann. Das ist das schwierigste und wichtigste Problem für unsere Wirtschaft, demgegenüber alle übrigen Probleme zurücktreten!

Wenn daher die Ausfrage in Genf einen Sinn haben soll, so nur dann, wenn sie sich nicht in Kommissionen und Unterkommissionen erschöpft, sondern wenn sie zu einem realen Resultate kommt, das sich spätestens im Herbst oder Winter auswirken muß.

Das wird für uns die kritische Zeit sein, wenn die Saisonarbeit, die landwirtschaftliche Arbeit wieder aufhört und wir vor der Tatsache einer schweren und großen Arbeitslosigkeit stehen werden!

Wir sehen als das dringendste an die Herabsetzung der Arbeitszeit im Zusammenhang mit der Regelung der Arbeitslöhne, Herabsetzung der Zölle überhaupt, Erleichterungen des internationalen Handelsverkehrs, Herabsetzung der Reparationen, um dem deutschen Dumping zu begegnen, Vorkehrungen für den Abfall der Agrarprodukte der agrarischen Ueberflusländer und damit im Zusammenhang innerstaatliche Regelungen der staatlichen Getreidewirtschaft überhaupt.

Nicht in letzter Linie verlangen wir, was oben nicht Gegenstand der bevorstehenden Genfer Konferenz sein wird,

eine ernsthafte Herabsetzung der Rüstungen, unter deren Druck und Laufen die Bevölkerung ungeheuer zu leiden hat. Für uns verlangen wir die endliche Aufstellung eines Wirtschaftsplanes und den Abschluß von Handelsverträgen.

In diesen Zeiten der Krise und der Arbeitslosigkeit haben wir den Handelsvertrag mit Ungarn verloren, jetzt kommt noch die Kündigung unseres Handelsvertrages durch Österreich dazu. Wir haben auch mit Deutschland keinen Handelsvertrag, und das sind unsere drei wichtigsten Exportländer! die aber 40 Prozent unserer Ausfuhr aufnehmen. Dringend notwendig ist es auch, endlich einmal die Handelsbeziehungen mit Rußland aufzunehmen. Wir haben da schon sehr viel veräumt.

Wir wünschen, daß die Verhandlungen in Genf nicht mit der Niederlage der einen und dem Siege der anderen Partei enden. Das wäre das

(Fortsetzung auf Seite 2.)

## Die Sittenpolizei der „Staatstreue“.

Zeit einer Woche gibt es im tschechischen Blätternwald, dort wo er grün und schwarz vor Agrarismus und Reaktion ist, einen nicht endenwollenden Kadav. Die Musterknaben der Koalitionsdisziplin, der Staatstreue, der lokalen Bürgermeinung, der Ruhe und Ordnung, die Pächter der nationalen Ehre, Agrarier und Nationaldemokraten, randalieren plötzlich, als sei die Republik, die sie zu schützen vorgeben, von ernststen Gefahren bedroht. Was ist geschehen? Ein deutscher Sozialdemokrat hat ausgesprochen, was ein offenes Geheimnis war: daß die deutsche Sozialdemokratie wie die sozialistischen Parteien der gesamten Internationale die Friedensverträge weder für besonders glückliche noch für besonders dauerhafte Gebilde des Völkerrechts hält und daß sie prinzipiell die Forderung nach Revision dieser Verträge vertritt. Damit aber habe der Genosse Boh! — so schreibt es jetzt mit Lobhudelstern aus dem nationaltschechisch-reaktionären Blätternwald — damit habe der Sprecher unserer Fraktion „die Grundlagen der Republik“ in Frage gestellt, damit habe die deutsche Sozialdemokratie eine Stellung bezogen, die mit der einer Koalitionspartei unvereinbar sei.

Wir wollen uns mit den Sachreißenden, die seit acht Tagen von einer Sensation leben, deren Neuigkeitwert nicht viel höher steht als der des Tages, daß zweimal zwei vier ist, nicht über das Meritorische der Sache, über die Bedeutung einer prinzipiellen Erklärung im Zusammenhang einer wirtschaftspolitischen Diskussion über ein aktuelles Problem, wir wollen über die Berechtigung unseres und die Verfehrtheit des gegnerischen Prinzips nicht hier, nicht heute reden. Es wird Gelegenheit dazu noch geboten sein. Wir wollen uns nur fragen, wer die Herren sind, die sich vor Enttäuschung über den Mangel an Koalitionsdisziplin und staatsbürgerlicher Loyalität bei den deutschen Sozialdemokraten nicht fassen können.

Die Herren Nationaldemokraten, angefangen von Herrn Kramar und einschließlich des Herrn Viktor Dyl, sind in den dreizehn Jahren des Bestandes der Republik zwar immer die größten Scharnier gewesen, aber auch nicht mehr. Sie haben die Außenpolitik des Ministers Venes jahrelang nach Kräften unterfarrert, sie haben nicht nur in parlamentarischen Ausschüssen, sondern in Volksversammlungen, nicht in prinzipiellen Fragen, sondern oft in den brennendsten Tagesfragen eine Haltung eingenommen, die jeder Oppositionspartei Ehre gemacht hätte. Gegen wen haben die Herren Kramar und Dyl denn vor allem gekämpft? Gegen die „Burg“, also gegen den Minister, als dessen angebliche Sekundanten sie jetzt auftreten, gegen den Gründer dieses Staates, gegen den Repräsentanten der Republik. Sind die weichen Stimmzettel, die an einem gewissen Tage des nicht so weit zurückliegenden Jahres 1927 in die Urne geworfen wurden, das Sittenzeugnis, mit dem man sich (man war damals doch auch „Koalitionspartei“) jetzt zum Jenof aufwerfen darf, sind sie ein Dokument unbedingter, verlässlicher Loyalität? Herr Kramar, dessen mehr als bewegte vorrepublikanische Vergangenheit wir gar nicht strapazieren wollen, weil diese Reminiszenzen Hände füllen könnten, hat den Faschismus, also eine Bewegung, die wirklich die Grundlagen des Staates in Frage stellte, die gegen Verfassung und Bürgerrechte, mit den Mitteln der Gewalt auftrat, die den Staat in die gefährlichsten Abenteurer gestürzt hätte, mit den denkwürdigen Worten begrüßt: Gott-seidank, daß wir den Faschismus haben. Und Herr Viktor Dyl, der uns jetzt die staatsbürgerlichen Leiden liest, war doch bis in die jüngste Zeit der Star der faschistischen „Geistigkeit“. Beide aber und, was sich sonst zu-



sehen ihnen an Unentwegten in die Front der Koalitions-Zitenpolizei einordnet, haben den Faschismus noch angepöbeln in einer Zeit, da jedes Schulkind Wesensart und Tendenzen des tschechischen Faschismus schon durchschaut hatte, da niemand daran zweifeln konnte, daß es sich bei der Gründung der Gajda-Strömung-Partei um ein Unternehmen gegen den Außenminister und gegen die „Burg“ handelte. Hätte das Ausland in all den Jahren lesen können, hätte es erfahren, was im Bereiche der Kramar und Dyl gegen die „Burg“ geredet, geschrieben und intrigiert wurde, — es sähe um Ansehen, Würde und Machtstellung des Staates mindig aus. Schaden wurde nur verheut, weil sich da niemand fand, der aus der mangelnden Loyalität einiger ehrgeiziger Herren eine „Sensation“ gemacht hätte.

Die Agrarier aber, die mit noch kräftigeren Tönen ins gleiche Horn stößen, könnten als Zeugniss für ihre Vernunft zu Hütern der Staatsstrenge und Koalitionsdisziplin höchstens das ins Treffen führen, daß sie die dauerhaftesten Kleber an den Koalitionsbänken sind, daß sie seit Anbeginn in keiner Koalition und ihre Vertreter in keinem parlamentarischen und in keinem Beamtenkabinet gefehlt haben. Nun gibt es aber in der Republik Leute (wenn wir nicht ihren einige Millionen), die das zwar als einen besonderen Glücksfall für die Agrarier, nicht aber für die Republik ansehen. Und es ließe sich den Agrariern an ihren Handlungen nachweisen, daß sie dem Grundsatz der absoluten Monarchie: „Der Staat, das bin ich“ durch eine kleine grammatische Verschiebung eine republikanische Note abzugewinnen wußten: Der Staat, das sind wir! Wann und wo hätten die tschechischen Agrarier ein soziales, ein wirtschaftliches, ein parteipolitisches Opfer für die Republik gebracht? Solange sie vom Patriotismus fett werden, sind sie Patrioten, fordern Vaterland und Nation ein Opfer, so werden die agrarischen Staatserhalter, deren Bodenständigkeit wesentlich darin besteht, daß ihre Gesäße mit den Stühlen und Bänken der Kämter, der Regierungsstellen und der Koalitionsbänke geradezu organisch verwachsen sind, zu den rücksichtslosesten Obstruktivisten. Sie haben den Bürgerblock, mit dem sie doch ohnehin beinahe alles machen konnten, was sie wollten, wochenlang obstruiert, wenn die Amerikaner eine kleine Gegengabe forderten. Sie haben eben jetzt eine für den Staat lebenswichtige Vorlage obstruieren wollen, um die Profite des Spirituskartells zu erhöhen. Sie pfeifen, wie weiland die deutschen Fürsten auf die Reichsverfassung, auf die der Republik, wenn ein Kreuzer ihrer Kartellprofite, ein Bruchteil ihrer „Revolutionserregenschaften“ gefährdet sind. Ihre Handelspolitik hat den Staat in eine schwere Krise gebracht, ihre Seerespolitik hat den Rüstungsfonds in drei Jahren verbraucht, um dann zu proklamieren, daß unsere Luftflotte völlig unzureichend sei, ihre Wirtschaft im Bodennam hat den Gedanken der Bodenreform heillos kompromittiert. Man kann schon sagen, daß wo sie hintreten, kein Gras mehr wächst und nur noch der Mistgeruch an den „landsändischen“ Ursprung dieser skrupellosen Machtpolitiker erinnert.

Auch jetzt geht es ihnen natürlich nicht um das, was sie zu verteidigen vorgeben. Der Gedanke an die Grundlagen des Staates läßt sie ruhig schlafen, aber der an die Handelsverträge macht sie nervös. Rüstungsfonds, Meterfchub, Handels- und Sozialpolitik . . .

das sind die Sorgen, denen sie den Namen staatsbürgerlicher Entrüstung leihen. Daß wir ihnen ein Dorn in der Koalition sind, ist schon wahr, aber nicht unsere Stellung zu den Friedensverträgen, sondern unsere Stellung zu ihren Profingelüsten erfüllt sie mit Kampfeifer, wir sind ihnen nicht zu schlechte Staatsbürger, sondern zu gute Sozialisten. Und da sie sich eben im Senat, als sie mit den Schädeln gegen die Wand rannten, Benen geholt haben, da es in ihrer Partei drunter und drüber geht wie nie zuvor, ist die „Affäre Pohl“, die nie eine war und gar keine sein kann, just der geeignete Anlaß zum Ablenkungsmanöver.

Sie haben sich aber in unserer Urteilskraft verrechnet, wenn sie glauben, wir würden das Spiel nicht durchschauen, und in unserer Nervenstärke, wenn sie meinen, wir würden uns vor dem Pöpel fürchten, hinter dem sie sich verstecken. Wir wissen schon, welche Patrioten sich hinter der Drapiere der patriotischen Entrüstung verbergen und warum sie Huhn machen! Das Echo dieser verkehrten Rindererschreidverjude kann bestenfalls ein Gelächter sein, unter Umständen aber können sie auch erleben, daß es einmal, wie es heraustritt aus dem Blätterwald, so auch zurückschallt.

### Die Zollunion.

(Fortsetzung von Seite 1.)

gefährliche. Wir warnen vor einer Veräusserung jener Staaten, die unsere besten Kunden sind.

Ohne mich dabei mit allen Details der Ausführungen des Herrn Ministers beschäftigen zu können, haben wir keine Ursache, insbesondere den wirtschaftlichen Teil seines Exposés abzulehnen. Wir wünschen eine ruhige und sachliche Beratung der Angelegenheit und hätten gewünscht, daß eine solche Beratung und Betrachtung der Frage vom wirtschaftlichen Standpunkte auf beiden Seiten vom Anfang mehr Raum eingenommen hätte!

Fascel (Nat. Dem.) bemängelt, daß der angeblich „bedauerliche“ Eindruck der Ausdehnung des Genossen Pohl auch durch die Rede des Genossen Dr. Heller „nicht ganz beseitigt“ worden sei. Er glaubt, daß man in Verbindung mit einer westlichen Großmacht die landwirtschaftlichen Ueberschüsse der Kleinen Entente und Ungarns unterbringen könnte; gegen die Zollunion müsse man einen erweiterten Verband der Staaten der Kleinen Entente aufstellen, was augenblicklich leichter wäre als ein gesamteuropäisches.

Roval (Wolfs.) tritt dafür ein, in keine gesamteuropäische Kombination einzutreten, sondern durch wirtschaftliche Vereinbarungen mit den anderen Staaten der Kleinen Entente und mit Polen eine neue mitteleuropäische Wirtschaftsgroßmacht zu schaffen und dann erst an ein Einvernehmen mit Deutschland, Frankreich und Italien zu schreiben.

Felzerfeld (Christlichsoz.) greift Benes scharf an, wirft ihm zum getrennen Elterhaus des tschechischen Volkes auf und sucht sich an der Haltung der deutschen Minister gegenüber dem Benes-Exposé zu reiben.

Der tschechische Genosse Krejci betont, daß die Zollunionspläne wohl einerseits das Selbstbehaltungsgefühl der Tschechoslowakei tangieren, andererseits aber müsse man anerkennen, daß die Deutschen in Oesterreich und Deutschland nicht daran dächten, das tschechische Volk um seine nationale Existenz zu bringen, und daß es ihnen tatsächlich nur um eine wirtschaftliche Frage gehe.

Klonda (Nat. Soz.) meint, daß man in der Frage der Zollunion die politische von der wirtschaftlichen Lösung nicht trennen könne und daß man bei solchen Gelegenheiten nie früh genug einschreiten könne, da es sonst zu spät sei. Später verlangt er die Aufnahme von ordentlichen Handelsbeziehungen zu Rußland.

## Eine plumpe Brunnenvergiftung.

Gegen die Dekampagne wegen der Pohl-Rede.

Dann ergreift

### Genosse Dr. Heller

noch einmal das Wort, wobei er u. a. ausführt: Ich möchte vor allem unterstreichen, was der Kollege Klonda bezüglich der Handelsbeziehungen mit Rußland gesagt hat. Ich glaube, daß dazu allerhöchste Zeit ist, wenn wir uns nicht von anderen für die Zukunft den russischen Markt wegnehmen lassen wollen.

Verschiedene Herren wünschten, daß ein Bloß mit den Balkanstaaten abgeschlossen werde. Ich kann mich nicht des Eindrucks erweichen, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird: Einen Bloß verurteilen Sie, einen anderen wünschen Sie. So wenig, wie wir die Errichtung eines mitteleuropäischen Bloßs, zwischen Deutschland und Oesterreich, wünschen, so wenig können wir einen anderen Bloß wünschen, der gegen jemanden anderen gerichtet wäre.

Der Kollege Felzerfeld hat vom „tschechischen Volk“ gesprochen, das hinter ihm steht. Es reißt sich, so wie jedes andere Volk, auch in zwei Parteien, und die beiden größten Parteien, wir und der Bund der Landwirte, stehen nicht hinter ihm. Er kann höchstens im Namen einer kleinen Rinderherde sprechen. Er hat auch — ich will darüber ganz offen sprechen — die Frage aufgeworfen, ob die deutschen Minister wirklich dem Exposé des Ministers zugestimmt haben oder nicht. Der Herr Minister hat hier ein langes, ausführliches Exposé gehalten und am Schluß des Exposés

die „alleneuropäische Einigung“ als sein Ziel bezeichnet. Diesem Grundsatze haben die deutschen Minister zugestimmt und wir konnten an unsererseits mit voller Veruhigung zustimmen, weil, wie ich in meiner ersten Rede hervorgehoben habe, dieser Grundsatze der Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsplanes vollständig den Grundsatzen unserer Partei, den Grundsatzen der Internationale, entsprechen!

Der Kollege Fascel hat hier gegen die Rede des Abg. Pohl im Aufhensanspruch des Abgeordnetenhauses Beschwerde geführt.

Ich will mich nicht mit den Reden befassen, welche von den Parteigenossen des Koll. Fascel, die gegen den Minister des Äußeren und andere Stellen schon im Laufe der Jahre gehalten worden sind, nicht mit den Pressenotizen, die von einer Partei gegen den Minister und gegen eine andere Stelle geführt wurden, denen gegenüber die Rede des Abg. Pohl ein Gesäusel war; auch nicht mit einer Rede des Koll. Havelska, in der er kurz vor dem 20. Oktober erwar; hat, daß er diesmal nicht mit so großer Freude diesen Tag feiern werde, weil der Meterfchub nicht abgebaut worden ist (Heiterkeit).

Die Herren hätten sich eines Überlegen sollen: Als Pohl im Abgeordnetenhaus sprach, waren anwesend der Herr Minister Benes, alle Mitglieder des Aufhensanspruches, unter anderem auch Dr. Kramar. Wenn Pohl dort irgend etwas gesagt hätte, was vom Standpunkte des Staates untragbar wäre, ist doch anzunehmen, daß die Herren, vor allem der Minister und Dr. Kramar, ihm sofort entgegengetreten wären! Seine Rede hat aber dort nicht die geringste Sensation hervorgerufen. Erst die tendenziöse Berichterstattung des Korrespondenzbüros und dann die Aufmachung in gewissen tschechischen bürgerlichen Blättern, vor allem dem „Benso“, hat die „Sensation“ gebracht.

Warum hat die agrarische und nachher die nationaldemokratische Presse die Rede Pohls mißbraucht? Weil die Agrarier in der Situation, in der sie sich nach der Abstimmung im Senat befunden haben, eine Ablenkung gebraucht haben, um wieder einmal den nationalen Furore gegen die deutschen Sozialdemokraten zu entfachen, die ihnen auch sonst in der Regierung nicht die angenehmsten Vertigen sind.

Was hat Pohl gesagt? Was man ihm zum Vorwurf macht, ist, daß er denjenigen Teil des Exposés, der auf dem Standpunkte der absoluten Unabänderlichkeit der Friedensverträge stand, nicht akzeptiert hat. Damit hat sich das Exposé des Herrn Ministers in seinem politischen Teil belästigt? Mit der Anschlussfrage. Daß wir in dieser Frage auf einem anderen Standpunkte stehen als Sie, ist keine Neuigkeit, daß wir den Standpunkt nicht ändern werden, wenn wir in die Regierung eintreten, ist klar. Pohl hat; ausschließlich im Zusammenhang mit dem Exposé von der Anschlussfrage gesprochen, in der wir den Standpunkt einnehmen, daß jed' dem Volke das Recht gegeben sein müsse, seine Verhältnisse nach seinen Bedürfnissen zu ordnen, und in der wir glauben, daß die im Friedensverträge selbst vorgezeichnete Revision eintreten muß und wird. Wir ändern nicht unseren Standpunkt, je nachdem ob wir in der Regierung sind oder nicht. Schon 1920 sind wir mit aller Entschiedenheit auf diesem Standpunkte gestanden, wir haben erklärt, daß wir unter allen Bedingungen, so weitwünschlich wie die Friedensverträge hätten, jede gewaltsame Aenderung derselben ablehnen. Die Friedensverträge selbst sprechen von der Revisionsmöglichkeit. Friedensverträge sind keine ewigen Verträge, und es kann niemanden verwehrt werden, die Revision solcher Verträge zu verlangen. Wenn Sie sich die Sache ruhig überlegen, werden Sie finden, daß eine ganze Reihe von Bestimmungen der Friedensverträge mit die Ursache für unsere heutigen Wirtschaftsverhältnisse sind, und deren Revision dringend geboten ist!

Hinter der Rede des Kollegen Pohl, wie sie gehalten wurde, stehen wir, von dem, wie sie lautet, haben wir nichts zurückzunehmen, wir bleiben dabei. Wir vertreten nur nicht das, was erst andere in die Rede hineingelegt haben und was in der Rede nicht enthalten war. Ich kann mich mit Genugtuung auf die Pressbestimmungen der tschechischen Linksparteien, vor allem der sozialdemokratischen Presse, der „Rova Doba“, auch des „Kardni Osobozeni“ und der „Libova Roviny“ berufen, die der Rede gegenüber einen ganz anderen Standpunkt eingenommen haben, obwohl sie mindestens so gute Patrioten sind, wie die, die die Rede angegriffen haben.

Aber die Dinge, wie sie sich in den letzten Tagen abgepielt haben, nügen dem Staate nicht und nicht der nationalen Befriedung. Es ist nur traurig, daß auch die politischen Parteien nicht den Mut gefunden haben, dieser Presse entgegenzutreten! Dem Wunsche des Kollegen Fascel, die Rede Pohls gewissermaßen zu dekonstruieren, kann ich nicht nachkommen, weil nicht die geringste Ursache dazu vorhanden ist.

Darauf repliziert Dr. Fascel nochmals auf die Ausführungen des Genossen Dr. Heller. Er versucht, die schwierige Stellung der deutschen Regierungsparteien zu begreifen, aber wenn Pohl nur gegen einen Teil der Friedensverträge gesprochen habe, so müsse Redner bemerken, daß seine Partei die Friedensverträge als die Grundlage der Existenz des Staates betrachte und Aenderungen auch in Einzelheiten nicht zulassen könne. (Der Redner scheint da völlig z. B. auf die Bestimmungen des Friedensvertrages über die tschechische Freizugschuld der Tschechoslowakei vergessen zu haben.)

### Schlusswort Benes's.

Hier dann ein längeres Schlusswort zur Debatte, in der er zunächst sein schnelles Einschreiten gegen die Zollunion zu rechtfertigen suchte; es hätten sonst schlimme Folgen eintreten können. Er betonte aber seinen Willen, die ganze Sache ruhig zu behandeln und ein Einvernehmen mit Deutschland und Oesterreich zu finden. An der Unversäster Abgabe der Verhandlungen mit Deutschland sei er entgegen der Meinung des Berliner

## Der Zug um 21 Uhr 13.

Von Roger Regis.

Herr Martin zog seine Uhr und rief: „21 Uhr 07. Bleiben 6 Minuten für den Weg. Du kommst ich gerade noch recht zum Pariser Zug.“

Frau Martin drängte: „Geh! Es wird dich zerstreuen, und nachher erzählst du mir alles.“

Jeden schönen Abend gab's die gleiche Unterhaltung. Die Martins hatten sich in Paris ein kleines Vermögen erspart. Da weder Verwandte noch Freunde sie dort festhielten, waren sie in die Provinz gezogen. In dem einsamen, schönen Städtchen trieb sie nichts ihre alten Tage. Frau Martin stridte von Morgens bis Abends. Und ihr Gatte begrüßte jeden Tag den Zug 21 Uhr 13!

O, welche merkwürdige Leidenschaft! Indern in den Menschenherzen! Herr Martin war von keiner ganz besessen. All seine Gedanken, seine Hoffnungen zielten auf einen Punkt; das einzige Ziel seiner Tage war: der Pariser Zug. Er trug in die Eintagsflucht seiner Tage etwas Phantastisches, Unbekanntes, Rarität, Bewegung. Herr Martin beobachtete die Aussteigenden und zählte sie. Das war eine lustige Sache! Reugier, Interesse, tausend geheime Gefühle brachten sein Blut in Wallung, und wenn dann die schweren Wagen in die Weite zogen, wartete er, bis das letzte rote Licht in der Nacht erlosch, und dann lehnte er heim. Seine Frau erwartete

ihn ungeduldig, und er berichtete, während sie weiter stridte: „Der Bürgermeister ist zurückgekommen. Er sah recht müde aus (Oder wohl); Frau Cervelle muß in Paris große Einkäufe gemacht haben. Die schleppte einen Berg Pakete! (Oder:) Ein Liebespärlchen ist ausgeflogen. Es ging eng umschlungen. Eine Schande! So was sollte man verbieten.“

Dann konnte Herr Martin sich mit der Befriedigung getaner Pflicht zur Ruhe legen, — einer Pflicht, die zugleich Vergnügen war.

An diesem Abend war der glückliche Mann, wie gewöhnlich, pünktlich zum Treffen erschienen. 21 Uhr 13 stand er hinter der Bahnbrücke, zwei Schritte neben dem Ausgang. Aber heute hatte der Zug Verspätung.

„Teufel“, sagte er, „ist das langweilig!“

„Sie erwarten wohl jemanden?“ fragte einer.

„Ja? — Nein.“

Wen hätte er schon erwarten sollen? Er kannte keine Verwandten. Alle seine Freunde wohnten in der Stadt, und keiner konnte abkommen. Und doch war er ungehalten über die Verspätung. Um seine Erregung zu bändigen, lief er tausendmal auf und ab und trampelte dabei tüchtig auf den Boden. Endlich schrieen die Pfeifen. Herr Martin nahm seinen Beobachtungsposten wieder auf. Der Zug raste heran, puffed noch einmal laut hinaus und hielt, 1, 2, 3, 4: vier unauffällige Reisende tröteten vorbei. Blühlich sprang aus einem Abteil erster Klasse eine kleine Frau auf den Bahnsteig. Sie war blond, zierlich, hübsch, hochmodern gekleidet. Sie

stürmte zum Ausgang, gab ihre Fahrkarte ab, bemerkte Herrn Martin und wandte sich zu ihm. „Teufel! wie schön, daß du hier bist! Ich muß dir einen Kuß geben!“ Und bevor der gute Mann konnte, wie ihm geschah, hatte sie die Arme um seine Schultern gelegt und ihm einen schallenden Kuß auf jede Wange gegeben. Dabei flüsterte sie ihm ins Ohr: „Verzeihen Sie meine Aufdringlichkeit! Ich kann nur so den schrecklichen Kerk da los werden! Seit Paris belagert er mich.“ Aus den Augenwinkeln wies sie auf einen Reisenden, den siehnten, der sich eben entschuldigt davonmachte.

Nun waren alle fort, und Herr Martin fand sich der reizenden Pariserin allein gegenüber. Er wurde rot wie ein Primaner und stotterte: „Madame . . . Madame . . .“

Die Fremde fuhr fort: „Da wir so nett miteinander Bekanntschaft geschlossen haben, können Sie mir auch weiter helfen. Wollen Sie? Ich kenne mich hier nicht aus. Ich muß für meinen anderweitig beschäftigten Mann beim Anwalt einen Prozeß regeln. Wo ist das beste Hotel? Wollen Sie mich hinführen?“

Ob er wollte! Sou so viel Liebenswürdigkeit und Zutraulichkeit überwältigt, verbeugte er sich, kränkte galant den Arm und sagte: „Es war recht von Ihnen, zu mir zu halten, gnädige Frau! Ich führe Sie.“ So schritten sie durch den dämmernden Abend. Sie unterhielten sich wie alte Bekannte. Das Lachen der jungen Frau zerließ mandorl hell die Zügel. Sie achteten nicht der erstaunten Blicke, der per-

stimmenden Gespräche. . . Vor dem Hotel trennten sie sich mit feinem Händedruck. Herr Martin lehrte mit übervollem Herzen heim.

Seiner Frau konnte . . . konnte . . . er diesmal nichts erzählen! Nein, er hatte nichts Besonderes am Zug 21 Uhr 13 erlebt. Er hatte nur Verspätung gehabt. Das war alles.

Doch am nächsten Tage war die Stadt voll von dem Abenteuer des Herrn Martin. Herr Martin hatte eine Nichte. Eine Nichte? Oh . . . Er hatte sie vom Bahnhof abgeholt, sie untergehakt und ins Hotel gebracht. Alle wußten's, alle hatten sie gesehen, alle sprachen davon.

Gewiß, gewiß mannt der Arme: sich jetzt Vorwürfe, wenn er die Augen seiner Frau nicht, die natürlich gleich am ersten Tage Nachricht von dem Erlebnis erhielt. Er grämt sich gewiß bei jedem Worte seiner Klubfreunde, bei jedem Blick der Vorübergehenden, bei jedem Rasenrumpfen, das kein Erlebnis kräftigt. Die schönen und sinnige Ruhe seines Lebens ist zerstört. Es bleibt nur die Erinnerung an den Truf zweier junger Arme, den frischen Kuß auf die kalte Wange.

Er geht nicht mehr zum Bahnhof, zur Ankunft des Zuges 21 Uhr 13. Nie mehr wird er hingehen! Doch seitdem sein Abenteuer laut wurde, sind es 20, ja: 20 Graubärte, die jeden Abend da stehen und einen Zufall ersehen, wie er Herrn Martin besohert wurde! Aber solch köstliche Zufälle geschehen weder einem Manne noch einer Stadt zweimal!

(Berechnigte Uebersetzung von Ursel Ellen Jatzohy.)



Tagblattes" völlig unschuldig; er habe davon keine Ahnung gehabt.

Der Minister betonte dann weiters die Bedeutung der Zukunfts-Konferenz für die bevorstehenden Verhandlungen in Genf. Er spricht sich für die gemeinsame Lösung aus, wodurch gleichzeitig alle Punkte erledigt würden. Er spricht sich weiter für die Schaffung des Exportkredits aus und behauptet dann die Frage des modus vivendi, in der es in kurzer Zeit zu einer Einigung kommen dürfte.

Der Behauptung Feilerfelds, daß die Tschekoslowakei überall dort zu finden sei, wo es gegen Deutschland gebe, hält er eine Rede Kamels vor. In der dieser die Verdienste der Tschekoslowakei um Österreich hervorhebt.

Benes geht dann auf unsere innenpolitischen Verhältnisse ein und erklärt, die zur Debatte stehende Frage sei ein Präzedenzfall, wie weit die gegenseitige Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen bereits gediehen sei; die Art, wie im Ausschuss gesprochen wurde, beweise den Fortschritt und den Versuch, einander zu verstehen. Er mache alle Konflikte zu vermeiden, er müsse aber die Interessen des Staates entschieden verteidigen. Sein Standpunkt sei der, daß die Deutschen im Innern befreit werden müssen, sie müßten sich aber zu hundert Prozent hinter den Staat stellen, was immer vorkommen möge.

Was die Anschlussfrage betrifft, sei es richtig, daß die Friedensverträge eine Änderung mit Zustimmung des Völkerbundes zulassen; er wäre im gegebenen Fall jedoch dagegen. Seit 1920 läßt sich die Auffassung dahin gemildert, daß wegen einer Änderung der Friedensverträge kein Krieg geführt werden soll. In nationaler Hinsicht seien wir alle ruhiger geworden; solche Dinge könnten nicht mehr in Zeitungsreden innerhalb der Regierungsparteien führen. Eine Annäherung wenigstens in der Form sei möglich und schon erfolgt. Auch bezüglich der Zollunion wünsche er eine ruhige Auseinandersetzung und er hoffe, daß man in dieser Frage zu einer Verständigung kommen werde.

### Das Kleine Zuteilungsgesetz im Parlament.

Abstimmung heute.

Prag, 7. Mai. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute nachmittags zunächst das Zusatzprotokoll zum französischen Handelsvertrag, das, wie bekannt, die französischen Zölle auf Waren und unsere Automobilzölle von der befristeten vertraglichen Bindung befreit. Eine Debatte entfiel, weil der einzige gemeldete Redner, der Kommunist Gottwald, nirgends aufzutreten war, als er zu Wort kommen sollte.

Dann kam das sogenannte Kleine Zuteilungsgesetz und die Novelle zum Pachtergesetz zur Verhandlung.

Es handelt sich im wesentlichen um die Verabreichung der Fristen, innerhalb deren die Erwerber von Grundbesitz aus der Bodenreform bei der Verpachtung, beim Abverkauf und bei der grundbücherlichen Belastung an die Zustimmung des Bodennamts gebunden waren; diese Frist wird bei Grundstücken bis zu fünf Hektar auf vier, sonst auf zehn Jahre verlängert. Außerdem werden verschiedene Bestimmungen über wasserrechtliche und Meliorationsfragen im Zusammenhang mit der Bodenreform geändert.

Der tschechische Genosse Koudelka führte als Referent an, daß die Vorlage den kleinen Bodenerwerbern große Vorteile bringe, da sie die Rechtsgewalt des Bodennamts diesen gegenüber einschränke und verschiedene Lücken in der Gesetzgebung beseitige.

In der Debatte befaßte sich Gottwald (Komm.) mit der Ausperrung in der Karlsbühne und protestierte gegen die Zusammenziehung von Gendarmen. Nach drei weiteren Rednern wurde die Debatte unterbrochen. Es gelangte das Zusatzprotokoll zur Abstimmung, worauf noch einige Immunitäten erledigt wurden. Dabei wurde ein Kommunist wegen seiner Angriffe gegen den Justizminister wiederholt zur Ordnung gerufen.

Nächste Sitzung morgen Freitag halb 11 Uhr. In dieser Sitzung sollen die zwei Agrargesetze erledigt werden, worauf nach dem Beschluß der heutigen Präsidentsitzung wieder eine Sitzungspause bis 19. Mai eintreten wird.

### Ministerrat.

Prag, 7. Mai. Heute beschäftigten sich zunächst die Vorkonferenzminister mit zwei Regierungsvorlagen, worauf sich der Ministerrat mit rein administrativen Angelegenheiten befaßte. Zum Schluß referierte Dr. Benes über die außenpolitische Lage, über die Beratungen der kleinen Entente und den Stand der handelspolitischen Verhandlungen. Morgens findet eine Sitzung der Wirtschaftsminister statt, die sich neuerdings mit dem künftigen Arbeitsprogramm befaßt wird.

### Spanien und Katalanien.

Madrid, 7. Mai. Die Regierung befaßte sich gestern mit der katalanischen Frage und entschied sich, daß die Beschlüsse der Regierung von Barcelona, des Generalat, nur den Charakter von Vorschlägen haben können, die der Madrider Regierung zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Der Vorsitzende der katalanischen Regierung, Oberst Macha, hat dies gebilligt. Bis zur Ausrufung der neuen Verfassung und Genehmigung des Statuts der katalanischen Republik werden sämtliche für diese Republik bestimmten Gesetze und Verordnungen von Madrid ausgehen.



## Hannerle macht sich nützlich

Wenn die große Wäsche vorbei ist, achtet Hannerle gut darauf, daß nichts von der wertvollen Radionlauge weggeschüttet wird. Denn Radion ist dreimal zu verwenden: erst wird die große Wäsche in der reichschäumenden Radionlösung gekocht. Danach werden farbige Sachen, die das Kochen nicht vertragen, in der warmen Radionlösung ohne Zusatz von Seife ausgewaschen. Die nun schon zweimal verwendete Lösung eignet sich vorzüglich zum Aufwaschen von Fußböden, Steinfliesen, Holz und Metall. So ergiebig und sparsam ist nur Radion, der selbsttätige, zuverlässige Helfer der Hausfrau.

wäscht allein, schon die Wäsche

## Snowdens Notbudget.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Wo ist auf dem Festland der Begriff des englischen „Budget-Tages“? Wochenlang vorher diskutieren ihn und orakeln die Zeitungen. Es wird gerechnet und geschätzt, vermutet und gedeutet, die Spannung wächst von Tag zu Tag, bis endlich der Vorhang aufgeht, vor überfülltem Hause, vor dichtgedrängten Galerien und vor Menschenmassen, die auf der Straße harren.

Englischer Budget-Tag, das ist nicht nur die Rechnungsablage des vergangenen Jahres, er ist gleichzeitig der wirtschaftliche und politische Ausblick in die Zukunft. Aus dem Staat wird eine Familie. Kontrolliert durch ihren Sachverwalter, prüft sie wiederum diesem Treuhänder jedes Komma nach. Das war selbst im Kriege, als die Millionen wie Schillinge wirbelten, während das seinen Sieg voraussehende kaiserliche Deutschland, um die patriotische Stimmung nicht erkalten zu lassen, keinen Pfennig vom Kriegsgewinn abgab und Finanzminister Balfour von dem Bleigewicht der Milliarden sprach, das er den geschlagenen Feinden auf Jahrhunderte anhängen wollte.

Sie haben sich beide getäuscht: Balfour wie Lloyd George. Mit einer geradezu brutalen Rücksichtslosigkeit zeigt es der „Eiserne Kongler“, der eiskalte Rechner Snowden. Sein Etat schleppt das Bleigewicht der Kriegsschulden und der Kriegsausgaben. Von den 803,5 Millionen Pfund Sterling (1 Pf. St. = 150 Ks) Staatsausgaben für das Jahr 1931/32 entfallen allein 303 Millionen Pfund auf Zinsentilgung und 52 Millionen auf Abtragung der Kriegsschulden nebst 9,3 Millionen für Zahlungen an Irland und verschiedenes. Die Kriegspensionen erfordern diesmal 50,5 Millionen Pfund, die Zivilpensionen rund 2 Millionen Pfund, so daß bereits mehr als die Hälfte des Etats und der Staatsausgaben gebunden und für jede Regierung zwangsläufig gegeben ist. Es kommen hinzu die Ausgaben für Verwaltung und Ministerien, für Justiz, Polizei, Post, Arbeit usw., insgesamt etwa 56 Millionen Pfund, denen sich ebenfalls kein Regierungssystem entziehen kann. Der um eine halbe Million Pfund verringerte Heeres- und Flottenetat erfordert einschließlich Pensionen 109,5 Millionen Pfund Sterling.

Welchen die rein sozialen Ausgaben: 40 bis 45 Millionen Pfund Sterling als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, Schule und Erziehung 57 Millionen Pfund, Ziehungsweisen etc. 5,5 Millionen, Altersrenten 38 Millionen, Pensionen für Witwen und Waisen 10 Millionen, Krankenversicherung 6,5 Millionen und Zuschuß für die Gemeinden: rund 46 Millionen Pfund Sterling. (Insgesamt erfordern Arbeits-, Gesundheits- und Pensionsministerien 119,5 Millionen Pfund Sterling.)

Das ist der diesjährige Etat der Arbeiterregierung, ein Notbudget, das in Einnahmen und Ausgaben dem des Vorjahres ungefähr gleich ist, lediglich erhöht um die voraussichtlichen Mehrkosten für die Arbeitslosenunterstützung. Für 37,4 Millionen Ausgaben steht Snowden keine Deckung. Er beschafft sie, indem er die Grunderwerbsteuer erhöht, was 7,5 Millionen Pfund einbringen soll und die Einkommensteuer der Besitzenden am 1. Januar in dreiviertel vorausbezahlt werden muß. — in der Praxis: eine Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Millionen Pfund — und schließlich dadurch, daß 20 Millionen englische Pfund aus New York zurückholt werden, wo sie als Dollarreserve lagern.

Es ist das Jahr des schwersten wirtschaftlichen Niederganges und der schwersten Krise, in der die Minderheitsregierung der Labourparty ihren Etat vorgelegt hat, und auch dieser Etat ist nur ein Kompromiß, das sie mit den Liberalen eingehen mußte. Ein Budget ohne Experimente, weder auf der Soll- noch auf der Haben-Seite. Mehrbelastet sind lediglich die bestehenden Klassen durch die Vorauszahlung der Einkommensteuer. Der zweite große Schrei kommt von den großen

Landigentümern, denen eine neue und erhöhte Besteuerung für den ungebauten Boden vom Jahre 1933 an sicher ist. Die Einzelheiten dieses Gesetzes sind einstweilen noch nicht bekannt. Klar ist nur der Grundgedanke Snowdens: „Der Ungeachtetheit des privaten großen Grundbesitzes ein Ende zu bereiten.“ Es ist der erste Döner der Arbeiterregierung gegen das Oberhaus und die Lords, die das Agrargesetz und den Erwerb von großem Ziehungsraum für Erwerbslose abgelehnt und dadurch um zwei Jahre verzögert haben. Die Abgeordneten der Labourparty quittierten diesen Schachzug und diesen Teil der Staatsrede Snowdens mit stürmischem Beifall, während die Konservativen bleich und stumm dasahen.

Es sind dieselben konservativen, die ihre allerdings hoffnungslose Opposition gegen das gesamte neue Budget eröffnet haben und auch die Unabhängige Arbeiterpartei spart nicht an der Kritik. Die Einen: weil ihnen das Budget zu viel Sozialismus enthält, die zweiten beklagen sich über zu wenig! Mayton und Jenner-Brookman erwarteten die Erweiterung des sozialen Pflichtenkreises, Familienunterstützung, Erhöhung der Altersrenten usw. usw. Die dazu erforderlichen erhöhten Einnahmen? Erhöhte Einkommensteuer! Was Snowden mit der Antwort quittiert: Erhöhte Besitz- und Einkommensteuer bedeutet jetzt lediglich die Verminderung des Lohnes und beides zusammen die Verschärfung der Wirtschaftskrise!

Entgegengehet der I.P.B.-Gruppe strebt die mächtige konservative Partei zum allgemeinen Abbau. Demunter mit den Steuern für die Besitzenden und herunter mit den sozialen Lasten, mit Arbeitslosenunterstützung, Altersrenten und Witwenpensionen!

Die Minderheitsregierung der Labourparty ist den mittleren Weg gegangen. Sie hat ihr vorjähriges Budget aufrechterhalten! Dem oberflächlichen Betrachter erscheint es gering. In Wahrheit ist dieses neue Budget eine soziale und politische Tat ersten Ranges. Zu erweisen ist sie aus dem letzten Etat der konservativen Regierung Baldwin.

Einige Zahlen und Beispiele: Fünfhunderttausend Witwen und Waisen sind seit 1930 durch die Arbeiterregierung pensionsberechtigt geworden, 150.000 Arbeitslose, die die Konservativen der Armenunterstützung überließen, sind in die Arbeitslosenfürsorge übernommen worden und das künftige Abgleiten in die Armenklasse ist für Hunderttausende verhindert. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge ist eine Anleihe von 173 Millionen Pfund Sterling bereitgestellt, wodurch bis jetzt 213.000 Arbeitslose in den Produktionsprozess zurückgeführt werden konnten. Die Erwerbslosenunterstützung ist teilweise erhöht, und eine Anleihe von 90 Millionen Pfund sichert die Aufrechterhaltung und die Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Bezahlt, einwöchentliche Erholungsurlaub für die Staatsarbeiter, Siedeneinhalb-Stundentag für die Vergarbeiter, Wohnungs- und Ziehungsbauplan, Landdrainage und Aufzucht von Agrargesetz und Schulgesetz mit Erhöhung des schulpflichtigen Alters und Unterstützung der Eltern sind im Unterhaus durchgeführt und nur durch den Widerstand des Oberhauses auf zwei Jahre hinausgeschoben, um dann automatisch Gesetz zu werden.

Das ist nur der Hauptteil der sozialen Tätigkeit der Arbeiterregierung. In sozialer Beziehung markiert heute England an der Spitze aller Staaten. Um jährlich 47 Millionen Pfund Sterling ist der ordentliche Etat durch diese neuen sozialen Ausgaben belastet, während neunzehntel der Kosten für die Arbeitslosigkeit im außerordentlichen Etat stehen und durch Schuldenaufnahme gedeckt werden. Diese 47 Millionen Pfund Sterling aber für die vermehrten sozialen Ausgaben sind ein für allemal gedeckt durch die im vergangenen Jahr vorgenommene Erhöhung der Einkommensteuer und kein Pfennig wird hierfür aus indirekten Steuern gewonnen. Bezahlt werden die 47 Millionen Pfund ausschließlich von jenen, die mehr als 500 Pfund Jahreseinkommen haben.

Snowden hat in diesem Jahre schwerster Krise und größter Unsicherheit keine neuen Lasten

dem Etat hinzugefügt. Agrar- und Schulgesetz ruhen noch, und eine härtere Belastung der Wirtschaft düht ihm falsch im Hinblick auf ihren Tiefstand. Der Kardinalpunkt aber: die Labourparty ist in der Minderheit und eine Arbeiterregierung im Amt ist noch lange keine Arbeiterregierung in der kompromißlosen Macht. Trotzdem hat sich Snowden von seinem Wege nicht abdrängen lassen. Kein Schilling sozialer Ausgaben ist zurückgeblieben, mit seinem Schilling hat er die Lebenshaltung der Massen belastet, keinen Schilling Zollerhöhung, keinen Schilling indirekter Steuer: auch das ist ein Beispiel, und eine Tat, die sich leben lassen kann.

## Einigungsverhandlungen in Karlsbühne

Nähr.-Ostrov, 7. Mai. Das Bezirksamt in Friedel berief heute nachmittags auf Ersuchen der Arbeitervertreter eine Beratung ein, bei der versucht werden sollte, den Konflikt in der Karlsbühne, die der Berg- und Hüttengehilfen angehört, beizulegen. An den Verhandlungen nahmen Oberinspektor Kresta für den Industriellenverband, Direktor Doderer für die Berg- und Hüttengehilfen und die Leitung des Unternehmens, Rat Kbal für das Gewerbeinspektorat, Rat Dr. Holeva für Bezirksamt, Vertreter des Betriebsausschusses und der Arbeiterorganisationen teil. Bei den Verhandlungen forderten die Vertreter des Betriebsausschusses und der Arbeiterorganisationen die ehestige Aufnahme des Betriebes in der Karlsbühne und die Aufnahme von Verhandlungen nach der erfolgten Jubeltagung zwischen dem Betriebsausschuss und der Leitung des Unternehmens über die Form der Produktionsherabsetzung und der Arbeiterentlassungen auf Grund der Arbeiterentlassungen. Der Vertreter des Industriellenverbandes übernahm die Aufgabe, diese Forderungen der Generaldirektion der Berg- und Hüttengehilfen in Prag zu verhandeln. Das Ergebnis seiner Mission wird er sobald als möglich dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses mitteilen, der sodann die beteiligten Arbeiterorganisationen davon in Kenntnis setzen wird.

## Kommunistische Parlamentsfraktionen.

Stuttgart, 7. Mai. Bei Beratung des Justizetat rief heute der kommunistische Abgeordnete Vollmer einem sozialdemokratischen Redner zu: „Du, Sozialdemokrat, ich schlag dir in die Hosentasche ein!“ Präsident Brügger rief den Abgeordneten Vollmer zur Ordnung. Da dieser indessen zweimal seine Äußerung wiederholte, wurde er vom Präsidenten aufgefordert, den Saal zu verlassen. Vollmer weigerte sich, nachdem auch der Landtagsdirektor vergebens den Versuch gemacht hatte, Vollmer zu veranlassen, den Saal zu verlassen, erschienen drei Polizeibeamte von der Landtagswache, die den Abgeordneten Vollmer mit Gewalt aus dem Saal führten.

## Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland.

Berlin, 7. Mai. Die Hochwasserkatastrophe, von der Süddeutschland heute nachmittags betroffen wurde, ist eine der größten, die Deutschland seit langer Zeit zu verzeichnen hatte. Schwer betroffen sind Baden, Württemberg und große Teile von Unterfranken, wo zahlreiche Städte schwer heimgesucht wurden. Auch aus dem Taunus werden bedeutende Hochwassererwähnungen gemeldet. Aus allen Meldungen geht hervor, daß die Bach- und Flußbetten die ungeheuren Wassermengen, die im Gefolge von Gewittern niedergegangen waren, nicht hatten fassen können. Die Gewalt der Fluten riß Dämme ein und drang über die Straßen hinweg in die Häuser. Aus einigen Dörfern wird gemeldet, daß der Wasserstand auf den Straßen Manneshöhe erreicht habe. Die Wassermengen bilden in einzelnen überschwemmten Gegenden eine riesige Seenfläche. Die Bewohner haben sich im großen und ganzen in Sicherheit bringen können. Bisher liegt nur eine einzige Meldung vor, daß drei Menschen, ein Mann und zwei Kinder, in den Fluten den Tod gefunden haben. Dagegen ist viel Vieh ertrunken, so beispielsweise in Bonnland allein etwa 100 Schafe. Einer Anzahl von Häusern droht Einsturzfahrt. Der Verkehr ist überall sehr gefährdet oder gänzlich unterbrochen. Auch der Eisenbahnverkehr hat Störungen erlitten.

## Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen.

Zamstag.

Prag: 11.15 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Jazzkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Chorkonzert der deutschen Staatslehrerbildungsanstalten, 19.05 Biennest, aus Freiburg, 21.00 Populäres Konzert — Brünn: 11.15 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Jazzkonzert, 19.05 Biennest, — Nahr.-Ostrov: 11.00 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Jazzkonzert, 19.05 Biennest, 21.00 Populäres Konzert. — Berlin: 20.00 Orchesterkonzert. — Frankfurt: 18.45 Die Wirtschaftskrise in ihrem Zusammenhang mit unserer politischen Lage, Prof. Leberer. — Hamburg: 20.00 Stimmen der Väter in Paderborn, 21.15 Der Apotheker, Opera buffa von Haydn. — Köln: 17.00 Beethovenkonzert, 18.20 Besuch in einem Fabrikneubau, 19.20 Vorbildungsmöglichkeiten für Frauen in Ostpreußen. — Leipzig: 19.30 Leichte Musik.







Waghorn, der Sieger im letzten Wettbewerb der Wasserfliegengänge um den Zämelbergsplatz, der vor einigen Tagen beim Ausprobieren einer Maschine für Kunstflüge abgestürzt war, ist Mittwoch in London seinen Verletzungen erlegen.

Ausflugstipps der Staatsbahnverwaltung Prag-Kord. Die Staatsbahnverwaltung Prag-Kord empfiehlt folgende Sonder-Ausflugstipps: Am 17. Mai nach Karlsbad zum Preise von 85 K einschließlich Fahrpreis, Verpflegung und Führung; am 21. Mai nach Dresden und Reichen zum Preise von 148 K, d. i. einschließlich Schnellzugfahrkarte nach Dresden und zurück, Antikensaal von Dresden nach Reichen und zurück, Frühstück, Mittagessen, Jause, fünfliche Eintrittsgelder, Unfallversicherung und Führung. Wer an der Fahrt nach Reichen nicht teilnehmen will, kann den ganzen Tag in Dresden verbleiben; in diesem Falle ermäßigen sich die Gesamtkosten um 20 K; am 7. Juni nach Franzensbad und Gees zum Preise von 118 K, d. i. einschließlich Schnellzugfahrkarte hin und zurück, Frühstück, Mittagessen, Jause, Führung und Unfallversicherung. Anmeldungen mit einer Einlage von 20 K nimmt der Kassenshalter Nr. 13 am Rasatyl-Bahnhof in Prag entgegen, wo auch bereits die Fahrkarten für den Karlsbader Ausflugszug erhältlich sind.

Die Grabungen in Koroja, Universitätsprofessor Dr. Walter Schmalz hat, wie die Wiener Tagespost berichtet, die Grabungen in Koroja in Oberösterreich abgeschlossen und neuerdings zwölf Gräber ausgegraben, so daß nunmehr dreißig Gräber durchforscht sind. Außerdem ist es gelungen, die antike Stadtbefestigung in einer Länge von 194 Meter freizulegen. Die Befestigung aus einem Steinwall und Holzpalisaden mit vier Türmen und einem 4 Meter 20 Zentimeter breiten Stadttor mit zwei großen runden Tortürmen. Vor dem Mittelstück der Palisaden wurden zwei römische Befestigungsanlagen festgestellt, ein Beweis, daß Koroja von den Römern im Jahr 69 n. Chr. erobert worden war.

Belgrad in zehn Jahren verdoppelt. Die Ergebnisse der neuen Volkszählung in Belgrad, die jetzt bekannt werden, zeigen, daß sich die Bevölkerung der Hauptstadt in einem Jahrzehnt mehr als verdoppelt hat. Die Ziffer betrug 1921 111.710, 1929 226.289 und jetzt 241.542 Köpfe. Ein noch besseres Beispiel für das rasche Anwachsen dieser Stadt ist die Zahl der Häuser, die sich in zehn Jahren von 1185 auf 23.845 vermehrt hat. Es sind nun fast 100 Jahre, seit die erste Volkszählung in Belgrad stattfand; im Jahre 1854 belief die Stadt 799 Häuser und 8450 Einwohner. Nach Vollendung der Brücke, die jetzt über die Donau und die Save gebaut wird, erhöht die Stadt durch Eingemeindung der Orte Banatska und Gornji 30.000 weitere Bewohner, und die Statistik verländert sich, daß Belgrad im nächsten Jahrzehnt zur Goldmillionenstadt anzuwachsen wird.

Zwischenfall im Vatikan.

Die Blätter werden kaum darüber berichten, denn der Generalsekretär des Vatikans hat man doch nicht hinzugezogen.

E vietato (Es ist verboten. . .) — ein geflügeltes Wort in Italien. Es ist aber noch viel mehr verboten, als offensichtlich bekanntgegeben wird. Unter Mussolini ist das ja auch nichts Besonderes. Nun wurde jüngst der neue Kirchenstaat geschaffen mit der Hauptstadt Citta del Vaticano. Es ist zugleich die einzige Stadt im Staate, die kurz hinter der Peterskirche in Rom beginnt und aus nächster Vogelperspektive durchaus übersehbar wäre. . . wenn ihn nicht 79 (in Worten: neunundneunzig) brave Schweizer bewachen würden.

Mit aufgeschlitztem Bajonett stehen sie vor den Schildwachen. Weiß-rot-blau gestreift leuchtet ihre mittelalterliche Tracht um die Wette mit dem kühnen Stab, der das Gewehrrohr überragt. Römischer Anblick: dieser durch 79 zu dividierende Militarismus. Woju die fürchterliche Waffe? Ist

die Stadt des Vatikans von grimmigen Feinden umlagert? Jawohl! — Ich selbst war der Feind. Ich hatte nämlich das oberste Kriegsgesetz des Staates verlegt, das da lautet: Du darfst meine Soldaten nicht fotografieren.

Die Wache schreit energisch auf mich zu: „Ich habe Ihnen ausdrücklich gesagt, es ist verboten. Wir werden den Apparat beschlagnahmen. Warten Sie, ich — — — Und damit drückte er auf einen Knopf, der einen großen Teil der Soldateska mobil machen sollte. Es erschien zunächst ein mit zwei päpstlichen Orden geschmückter Oberschwärzer (ohne Gewehr). Dem wurde der Fall auseinandergesetzt, überfesselt, zurücküberfesselt (italienisch, deutsch und Berner Dialekt). „Ich habe nicht fotografiert.“ beharrte ich. „Sie haben abgedrückt!“ beharrte die scharfe Wache. Ich machte den Leuten in sachtechnisch hervorragenden Ausführungen klar, daß ich den pp. Messianen zurückgeschoben hätte, was die Wache wahrscheinlich für den gefährlichen Akt des Knipfens angesehen habe. Rede und Gegenrede dauerten etwa 10 Minuten. Dann wurde ein Detektiv in Zivil hinzugezogen. Der konnte nur italienisch. Die Geschichte mußte nun vom Deutschen die Berner Oberland ins Italienische übertragen werden. Mit allem Eifer und Aber. Erfauliche Leistung, rein sprachlich betrachtet!

Resultat: „Ja, wir werden den Film hier entwickeln, und wenn die Aufnahme nicht dabei ist, bekommen Sie ihn wieder.“

„Ich verzette heute!“ (Pause.) „Dann schicken wir Ihnen die Bilder nach. Aber den Film müssen Sie herausgeben. Es kostet viel Strafe, wenn wir feststellen, daß Sie trotz Ihrer Aussage . . .“

Was blieb mir übrig: Ich rollte den Film auf. (Schade um die letzten beiden ungebrauchten Negative!) Inzwischen hatten sich noch einige Kapazitäten des neuen Staates angesammelt. Darunter waren welche, die meinem christlichen Glauben schwanken. Auch die Wache warmste eine verstimelte Entscheidung: sie mußte es anzeigen, sonst gäbe es Arrest. Der Oberkommandierende gab sich einen Ruck: „Also, wenn Sie tatsächlich nicht fotografiert haben, dann nehmen Sie den Film mit!“ Und siehe da, er gab mir das beschlagnahmte Rollchen wieder heraus. Wahrscheinlich hat er nicht gewußt, auf welchen Titel der vatikanischen Staatsordnung die Unkosten für das Abfenden bezu. Entwickeln des Films zu verrechnen sind.

Unterdessen schritt die Wache mit schwerem Tripp-Trapp auf und ab. Es dauerte nicht lange, und die Militärs sowie ihre zivilen Sachverständigen jogten sich in ihre Stellung zurück, die Sonne lachtete über den Petersplatz, der Friede war gesichert, endgültig.

Angenommen aber, ich wäre geflohen! Hätte die päpstliche Wache blaug gezogen, geschossen? Was wäre dabei alles an internationalen Verbindungen herausgekommen? Gar nicht ausgedenken. Vielleicht wäre die Sache vor den Völkern gebracht worden. Mit Staatsautoritäten ist nicht zu spielen, auch wenn nur 79 Verteidiger dahinter stehen.

Das Gemeine an der Vorgehenheit ist nur, daß ich die Aufnahme doch gemacht habe.

C. J. Heinrich.

Blutige Zigeunerhochzeit.

Freitag, 7. Mai. Dienstag, den 5. Mai fand in Könnig bei Hohenstadt in Nordmähren die Zigeunerhochzeit des 67jährigen Johann Entner mit der 68jährigen Rosalie Pfäfer statt. Entner lebte seit 30 Jahren mit der Pfäfer ohne kirchliche Zeremonie. Als Entner vor einigen Monaten nach Verählung einer neunjährigen Kerkerstrafe in seine Heimatgemeinde zurückkehrte, beschloß er, die Pfäfer zu heiraten. Zur Hochzeit erschienen die Zigeunerfamilien Entner, Pfäfer, Lagron und Bed. Beim Hochzeitsmahl spielten mehrere Musikanten; die Gäste sprachen dem Alkohol fleißig zu.

„Der Herr möge sich's überlegen, nur keine Uebereilung.“

„Ein Wort, dabei bleibst du.“

„Sie geben nichts nach?“ jähndert er zornig.

„Nicht einen Heller“, antwortet jener bestimmt.

„Also dann, was soll ich sagen“, meint er beklüfft.

„Sagen Sie was Ihnen paßt. Ich rede nicht mehr mit Ihnen.“

„Na, na, man darf nicht gleich alles ablehnen. Wenn Sie kein Wort mehr für mich haben, dann her mit Ihrer Hand.“

Jetzt schlägt Gregor Tschomal fröhlich ein.

„Ein Hund, den es gereut. Das Geschäft ist perfekt!“

Mit langsamer Feierlichkeit beginnt er, sein Leichchen aufzuknöpfen, während er seine Augen nicht um die Welt von der Erde abwendet, wo die gekaufte Senje an der Mauer lehnt. „Da schau“, blinzt er durch sein Hirn. „Diese Senje scheint mir trummer und kleiner zu sein.“

Mit einer Miene des Verdachts betrachtet er die Bedienung des Ladens. Dann packte er die Senje und wogt sie in der Hand, um ihr Gewicht festzustellen.

„Das ist eine andere Senje“, bricht er unmutig aus. „Ich soll erlahmen, wenn das meine Senje ist.“

Und plötzlich knöpft er die Bleistöpfe seiner Weste wieder zu.

„Wie könnte es eine andere Senje sein? Machen Sie keine Geschichten. Gewatter, sonst verliere ich die Geduld!“

„Aber warum hat mich auch der Teufel von hier fortgelockt? Da haben wir's!“

„Aber ich sage Ihnen ja, daß es die gleiche Senje ist.“

„Diese hier? Ich habe auch meine zwei lebenden Augen.“

Er zieht die Klinge über den Daumen, diegt sie an Ruwe, knipft sie ab, schlägt sie an das Pfloster, haucht darauf, schwingt sie durch die Luft.

„Sie ist es nicht! Für die kann ich nicht mehr geben als einen Gulden fünfzig.“

„Machen Sie kein Theater. Wenn Ihnen die Senje nicht paßt, dort sind die übrigen, wählen Sie eine andere.“

„So verrückt bin ich nicht, mich noch einmal von neuem zu ärgern. Es bleibt bei dieser Senje, aber zu angemessenem Preise, denn sie ist weniger wert.“

„Ich will kein Wort weiter hören.“

„Wie? muß ich wirklich den Verlust tragen? Gut. Nimm der Herr mir wirklich diesen Ueberschuß ab, kann er's veranworten?“

„Fahren Sie schnell und halten Sie hier keine Predigten.“

„Gut!“ ruft Gewatter Gregor Tschomal bitter aus. „Der Herr soll recht haben. Aber schneiden wir die Wahrheit in zwei Hälften, damit mir keine Ungerechtigkeiten widerfährt. Teilen wir die vierzig Kreuzer.“ — — — „Ich selte nicht!“

„Na, denn, hier ist das Geld! Da haben Sie es!“

Er macht sich wieder daran, sein Leichchen aufzuknöpfen, aus dessen innerer Tasche er unter vielem Rechen einen Strumpf herausfischt. Aus der untersten Ecke des Strumpfes zieht er eine Guldennote und gibt sie dem Kaufmann.

„Den Rest will ich gleich dazu zählen.“

Aus der äußersten Westentasche jag Gregor Tschomal jetzt zwei Groschen, aus der anderen Tasche vier Kreuzer. „Wie ist das gleich? Bier- undzwanzig.“

„Er langt in seine Hosentasche, wo er dreißig Kreuzer entdeckt.“

„Bierundzwanzig und dreißig, das

Die Zigeunerin A. Erba gab ihrem Geliebten, dem 17jährigen Josef Lagron, einen Revolver und ein Messer und vereinbarte mit ihm, daß er im geeigneten Augenblick von den Waffengebrauch mache. Die Familie Lagron war nämlich, wie sich später bei der Untersuchung herausstellte, zur Hochzeit gekommen, um für die Ermordung eines ihrer Familienangehörigen an den Angehörigen der übrigen Zigeunerfamilien Blutrache zu nehmen. Josef Lagron trat unter den Hochzeitsgästen einen Streit hervor. Der 17jährige Johann Bed forderte ihn auf, die Hochzeit nicht zu führen. Daraufhin verlegte Josef Lagron dem Johann Bed einen Stich in den Hals, an dem Bed nach einigen Augenblicken verblutete. Nun entstand eine allgemeine Kauferei zwischen den Mitgliedern der Familie Lagron und den übrigen Zigeunerfamilien. Die Gäste eilten vom Gastmahl auf den Vorplatz, wo eine Schießerei mit Revolvern begann. Josef Lagron, der Mörder Johann Bed, stürzte in den Wald. Sein Vater wurde von den unzufriedenen herbeigerufenen Gendarmen festgenommen. Johann Lagron, der Bruder des Mörders, verbarg sich in einer Hütte.

Die Angehörigen der Familien Pfäfer und Bed hürzten sich auf das hinter dem Dorfe unterhalb eines Waldes gelegene Lager der Sippe Lagron, erschossen die fünfjährige uneheliche Tochter des Mörders Josef Lagron, und mißhandelten die übrigen im Lager befindlichen Kinder schwer. Dann steckten sie die im Lager befindlichen Wagen in Brand und vernichteten sie. Inzwischen stellten die Mitglieder der Familien Pfäfer und Bed das Versteck Johann Lagrons fest. Fünf Zigeuner fanden ihn in einer Hütte unter einer Liegestatt, schleppten ihn aus der Hütte heraus, schlugen ihn, bis er bewußtlos war, und schleppten ihn etwa einen Kilometer Weges weit, wo sie ihn anbanden. Dort fanden ihn die Gendarmen und brachten ihn in das Krankenhaus nach Hohenstadt, wo Johann Lagron starb. Donnerstag, den 7. Mai saßen die Gendarmen in einem Dorfe unweit von Könnig den gesuchten Mörder Josef Lagron. Die Untersuchung des blutigen Verfalls wird fortgesetzt.

Nazi-Geldsichten.

Kopf-Politik.

Ein Löhnermehrer in Ostfriesland ist mit dem Preis, den ihm eine Firma für die Köpfe der geschlachteten Tiere bietet, nicht zufrieden und schreibt, wortgetreu, folgenden Brief:

„Im Besitze Ihrer Zuschrift vom 19. d. Mts. betr. der Köpfe, teile ich Ihnen mit: Köpfe mit Fell sind für 250 Mark nicht zu liefern. Sollten Sie auf billige Köpfe reflektieren, so raten wir Ihnen dringend, so lange zu warten, bis die Köpfe gerollt haben, denn es ist bestimmt anzunehmen, daß durch das große Angebot die Köpfe sehr billig werden.“

Ihr wohlwollender Buchhalter schreibt ferner, daß Ihnen derzeitige Differenzen unangenehm sind, es ist ihm daher angenehm, wenn Sie 28 Pfund Fett absenden und mir 38 Pfund berechnen. Er soll gefälligst aufpassen, daß bei der Kopfpollerei kein Kopf fehlen bleibt, denn so einer ist unbezahlfbar. Unter weiteres Zusammenarbeiten im Dritten Reich ist so nicht nötig und sind Sie diese Sorge los.“

So wies das Dritte Reich seine Schatten und seine Wünsche voraus. Man muß die Köpfe feiern, wie sie sollen. Und wenn es auch nur Lohndrücker sind!

Anzeige.

„Nationalsozialist, 17jähriger, ehemaliger Gemeinderat, gelernter Klempner, sucht Stellung.“

So zu lesen in der „Deutschen Zeitung“ vom 12. März. Wir sind eben das Volk der Dichter und Gemeinderäte.

„Sind siebenundfünfzig. Wieviel fehlt noch?“

„— — — „Noch dreißigdreißig Kreuzer.“

„Zimm“, meinte er mit unschuldigem Gesicht, aber das wird schwer halten.“

Und inzwischen beobachtet er mit freundlichem Gesicht die Stimmung des Kaufmanns.

„Warte nur, warte. Wohin habe ich es gefickt? Was glauben Sie, Gewatter? Aha, es wird hier im Tuch verknautet sein.“

In der Ecke des weichen Beinenußs waren wirklich zwei Groschen eingeknotet.

„Das ist der Samen, Herr Wohlthäter“, sagt er freundlich, „wo nichts ist, hat der Kaiser kein Recht verloren.“ — — — „Noch dreißig Kreuzer“, drängt der Kaufmann.

„Machen Sie doch keinen Tanz, Herr Wohlthäter. Auch so bekam ich eine schlechte Senje, als die erste. Und dann habe ich nicht einen roten Heller bei mir, ich verpag das Geld auf dem Wagen in der Kameltasche. Sie können doch nicht verlangen, daß ich so weit laufe, wegen der paar Heller. Wir werden ein andermal auf gleich kommen.“

„Ich will die ganze Summe. Holen Sie das Geld, die Senje läuft nicht davon.“

Aber jetzt ergriff Gregor Tschomal die Rut: „Was, so gering ist meine Ehre hier? Mein Vater und mein Großvater waren Bürgermeister, damit Sie es wissen, Herr. Haben Sie ihm viele dreißig Kreuzer hin, Gewatter!“

Und damit packte er beleidigt die Senje. „Geben wir, Gewatter.“

In der Ladentür drehte er sich mit schadenfrohen, hinterlistigen Augen um, packte mit den Schultern und brüllte, die Senje wie ein Sieger schwingend, in den Laden hinein:

„Zweifel kann ich jedoch dem Herrn verraten, das war keine beste Senje, die übrigen sind keinen Zahnarten wert.“

(Aus dem Ungarischen von Siez Boger-Mosch.)



Die ersten Apotheken.

Eine kulturgeschichtliche Betrachtung.

Bei den ältesten Kulturvölkern stand die Heilkunde ganz allgemein in Verbindung mit dem Religionswesen, und deshalb war sie und ebenso die Heilbehandlung ganz den Priestern überlassen, wie auch heute noch bei den Naturvölkern die „Medizinmänner“, die Heilkünstler der „wilden“ Völkerschaften, priesterliche Eigenschaften haben. Am meisten war im alten Ägypten die Heilkunde mit der Religion verbunden, doch war sie im Verhältnis zum damaligen Wissen auf den verschiedensten Gebieten (sogar ziemlich weit vorgeschritten). Es gab aber damals noch keine Apotheken. Die Arzneien in ihren verschiedenen Formen und Zusammensetzungen wurden von den Heilkünstlern, von den Priestern, selbst hergestellt. Die erste wirkliche Apotheke soll von einem Koliken in Bagdad eingerichtet worden sein.

In Europa scheinen die ersten Apotheken in Venedig und Genua eingerichtet worden zu sein, auch hatte sich dort sofort die Stadterwaltung eine gewisse Kontrolle bei der Herstellung von Arzneien vorbehalten. Eine Kontrolle der Apotheken schien schon aus dem Grunde notwendig, weil in den italienischen Städten die Wäpfe durch Bezahlung jahrhundertlang ziemlich häufig waren. In Neapel muß dann auch schon frühzeitig mindestens eine Apotheke bestanden haben, denn im 12. Jahrhundert kam eine Verordnung heraus, wonach die Hersteller von Medikamenten aller Art vor dem Rat einen Befähigungsnachweis zu erbringen hatten. Außerdem wurde dabei festgesetzt, daß die Apotheker unter der Oberaufsicht des Rates stehen sollen und daß ein Arzt keine Apotheke betreiben dürfe. Als Apotheker wurde denn auch nur zugelassen, wer vor der medizinischen Fakultät ein Zeugnis über seine Befähigung vorlegen konnte. Verstöße gegen die angelegte Pflicht sollte nebenbei auch noch mit Wegnahme des gesamten Vermögens bestraft werden. Nun kamen in den italienischen Städten auch Verordnungen heraus, wonach die Apotheker Gifte und sogenannte Liebestränke nicht mehr verkaufen durften.

Nach den vorliegenden Nachrichten muß angenommen werden, daß in Deutschland zunächst die Ausübung des Apothekerberufes oftmals noch mit dem Berufe des Arztes verbunden war. Doch entwickelte sich dann der Beruf des Apothekers aus dem des Drogenhändlers. Besonders solche Kaufleute, die Kräuter, Salben aus den italienischen Städten bezogen, dürften nach und nach zum eigentlichen Apothekerberuf übergegangen sein. Der Name „Apotheca“ wird in den deutschen Städten schon im 12. und 13. Jahrhundert erwähnt. Ob es sich dabei um richtige Apotheken gehandelt hat, ist allerdings recht zweifelhaft. Aber auch soweit schon wirkliche Apotheken bestanden, waren die Apotheken nicht einmal in Häusern untergebracht, sondern in offenen Buden an Straßen und auf Marktplätzen. Diese Tatsache wird noch aus dem 14. Jahrhundert erwähnt. Erst im 16. Jahrhundert sind in den deutschen Städten die Apotheken durchwegs in Häusern untergebracht, und seit dieser Zeit waren sie auch besser eingerichtet. Die Apotheken gehörten dann später gewöhnlich mit zu den schönsten Gebäuden in den deutschen Städten.

Das Rezeptwesen war freilich auch in der nachmittelalterlichen Zeit noch wenig ausgebildet. Papier blieb noch lange eine Seltenheit und sehr teuer. Daher gingen die Ärzte selbst in die Apotheken, um dem Apotheker mitzuteilen, wie die Medikamente für den einzelnen Patienten zusammenzustellen werden sollten. Außerdem hatten die Ärzte auch die Pflicht, die Herstellung jeder von ihnen verschriebenen Arznei zu überwachen. Wie im Mittelalter alle Gewerbetreibenden zu Zünften zusammengefloßen waren, so mußten auch die Apotheker einer Zunft angehören. Da sie allein zu wenig zahlreich waren, als daß sie auch in einer größeren Stadt eine Zunft hätten bilden können, wurden die Apotheker einer anderen Zunft angegliedert, und zwar meistens der Zunft der Krämer und Kaufleute. Soweit bisher festgestellt werden konnte, dürfte in Deutschland die erste Apotheke in A S I n a. N. eingerichtet worden sein. Dessen Begründung weist auf das 12. Jahrhundert hin. Im 13. Jahrhundert finden wir dann schon Apotheken in Exter, Konstanz, Hamburg, Kassel, Tübingen, Ulm, Münster, Straßburg, Bismar, Augsburg, Goslar und noch in anderen Städten. Am Ausgang des Mittelalters dürfte wohl jede größere Stadt schon eine Apotheke gehabt haben. In jeder Apotheke gehörte im Mittelalter ein Kräutergarten, in dem die meisten Kräuter herangezogen wurden, die bei der Herstellung von Medikamenten gebraucht worden sind. Die erste Apothekertaxe scheint in Frankfurt a. M. eingeführt worden zu sein. Das geschah im Jahre 1461.

Sigmund Jhle.



### Kinderfreunde Prag.

Sonntag, 10. Mai, bei schönem Wetter ganztägiger

### Ausflug nach Pöstol zur Baumblüte.

Treffpunkt halb neun Uhr Endstation im Baumgarten (Kleinste), Deden und Essen mitnehmen.

### Kunst und Wissen

#### Die Theatergemeinschaft Reichenberg-Gablonz.

Wie uns aus Gablonz berichtet wird, beschäftigt sich der dortige Stadtrat in seiner letzten Sitzung mit dem Projekt der gemeinsamen Führung eines Ensembles für das Schauspiel an den Stadttheatern Reichenberg und Gablonz. Nach dem Bericht des Stadtratslichen Referenten wird diese Gemeinschaft in der nächsten Spielzeit noch nicht zur Gänze ins Leben kommen, da erstens die Direktion des Reichenberger Theaters schon vor längerer Zeit die Engagements durchgeführt hat, andererseits sich vorübergehende Verhandlungen mit dem Bühnenbund noch als notwendig erweisen; dagegen wurden die wegen der Anschaffung von Dekorationen und Kostümen zwischen den beiden Direktionen getroffenen Vereinbarungen genehmigt.

Das Salzburger Mozarteum-Orchester gibt heute zu Gunsten des Österreichischen Hilfswereins im Lazarett ein Konzert, das besondere Teilnahme beanspruchen darf. Dieser Instrumentalkonzert ist das Orchester des weltbekannten Mozarteums in Salzburg und wirkt dort als Konzert- und Opern-Orchester neben dem Wiener Philharmonischen Orchester. In ihrem heutigen Konzert bringen die Salzburger Pianisten als berühmte Partner der Mozarteumkammer Werke von W. A. Mozart zur Aufführung, die in irgendeiner Beziehung in Prag haben, also in jener Stadt, der des Meisters besondere Liebe galt.

**Kuckuck**  
20 Groschen  
30 Pfennig  
1-60 & K.  
Die größte illustrierte Wochenschrift  
Erscheint jeden Sonntag  
Überall erhältlich

### Sport + Spiel + Körperpflege

#### Der Wellenreiter.

Durch die illustrierten Zeitungen geht ein Bild, das einen Mann im Bodentripot zeigt, der auf einem hölzernen Apparat liegend, über das Wasser treibt. Daran wäre noch nicht viel. Aber ungewöhnlich ist das Mittel, das seinem Fieß den Antrieb erteilt: ein Luftschiff ist es, ein Kleinluftschiff, das in geringer Höhe kreuzt und durch eine Art Jäger mit den Händen des Führers in Verbindung steht. Die Szene spielt in Kalifornien, an der Küste des Pazifischen Ozeans, in einer der herrlichsten und von der Natur am meisten gesegneten Gegenden der Erde also, und zusammenfassend läßt sich ungefähr sagen: Was auf diesem Photo gezeigt wird, das ist nach fundiertem Udelstudium und Erfahrung, was aber die Gephlogenheiten der amerikanischen Doktorzeitung zu uns überbrachten ist, das Unbeliebteste und Eklatanteste, der letzte Schrei einer Amüsierwelt, die wahrhaftig den Himmel und die Erde in den Diensten ihrer Leuten stellt.

Das Luftschiff war ein Menschheitsstrom. Die Jahrhunderte haben über diesen Problem gegrübelt. Die besten und kühnsten Geister haben ihren Verstand und ihre Phantasie für das Ideal seiner Verwirklichung eingesetzt. Das Luftschiff ist heute eine Erfüllung. Aber wenn ist damit gedient? Im Kriege wurden Bomben aus ihm geworfen. Und jetzt im Frieden ist es, lange bevor auch nur daran zu denken ist, daß es den dreien Wälfen das Leben im geringsten erleichtert oder angenehmer gestaltet, zunächst einmal zu dem geworden, was es, nach den Gesetzen der Vernunft, eigentlich erst im allerletzten Stadium werden dürfte: zu einem Spielzeug der Adressen.

Es geht eine seltsame Symbolisierung von dem Bild aus. Unten, auf dem Wasser, ein einzelner Mensch. Oben, in der Luft, die dickhäutige Jigarr mit ihren komplizierten Maschinen, ihrem unerbittlichen Geist dieser Geschlechter, ihrer kenntnisreichen Begleitmannschaft. Und das Ganze, zusammengefaßt, dieser Gipfelpunkt des Menschengleiches: das Luftschiff, pariert dem kleinen, primitiven, Banalen: dem Wunsch eines reichen Mannes nach Zerstreuung.

Wir haben es weit gebracht. Die Luft ist erobert. Aber sie ist erobert, um amerikanischen Wohlgegnern ein Jahrmarktsergebnis zu verschaffen. Wie sind wir noch weit zurück!

Hans Bauer.

Der Wolf auf der Wanderschaft. Was man gemeinhin den Wolf auf der Wanderschaft nennt, ist nichts anderes als eine Hausentzündung, eine Hyphenkrankheit der Haut zwischen den Zehen und in der Schamgegend, die besonders gern auftritt, wenn man viel geht, also vor allem bei größeren Wanderungen. Beginnend wirkt die Entzündung den "Wolfs" das Schwitzen; der reichlich absondernde Schweiß reißt sich an der Haut an, sammelt, bewirkt eine Reizung der Haut, die überdies durch die starke Reibung beim langen Gehen empfindlich gemacht ist. Vor Vorbeugung gegen den peinigenden Zustand, der durch Jucken und

## Polizei-Skandal in U. G. A.

Der dritte Grad. / Grauehafte Untersuchungsverfahren in Amerika.

Eine Untersuchungskommission, bestehend aus drei angesehenen New Yorker Rechtsanwälten, verfaßte jetzt einen Bericht über die grauenhaftesten Untersuchungsverfahren der Polizei. Der Bericht, der an den Gouverneur des Staates New York weitergeleitet wurde, stellt fest, daß die gegen die Polizei erhobenen Klagen auf Wahrheit beruhen, und daß es tatsächlich eine Untersuchungsweise gebe, die die Bezeichnung "der dritte Grad" durchaus verdient. Die Untersuchungskommission verlangt kleinmütige Abhilfe.

In Amerika ist es schon von altersher Sitte, daß die Polizei mit allerlei fesselnden und Körperlichen Folterqualen von den Beschuldigten Aussagen erpreßt. Dieser sogenannte "dritte Grad" war schon längst ein Dorn im Auge der fortschrittlichen Elemente. Sie konnten aber trotz aller Bemühungen nichts erreichen, denn die Polizeibeamten leugneten launlich und fonderd, daß sie den "dritten Grad" anwendeten.

Vor einem Jahr ereignete sich dann ein Fall, der geeignet schien, dieses Problem wieder aufzulösen. Der amerikanische Arbeiter James Pettigrew, der angeblich einen Mord begangen haben soll, wurde im März 1930 in New York verhaftet. Der Polizeioffizier, der ihn zum ersten Male vernommen hatte, fragte ihn: "Hast du den Mord begangen?" Der Angeklagte leugnete, zumal es sich später herausstellte, daß er den Mord tatsächlich nicht begangen habe. Der Polizeioffizier ließ ihn nun in eine Zelle abführen, der angebliche Mörder wurde dort nackt ausgezogen und dann solange mit Häuten und Zuchtstreifen bearbeitet, bis er blutüberströmt ohnmächtig zusammenbrach.

Nachdem er wieder zu sich gekommen war, wurde ihm angedeutet, daß am nächsten Tage dieselbe Prozedur von neuem beginnen werde, wenn er sich inzwischen nicht entschließt, ein Geständnis abzugeben. Drei Tage hintereinander ließ der Arbeiter die unmenseliche Prügelstrafe über sich ergehen. Dann legte er das geforderte Geständnis ab. Allerdings kam es nie zu einer Gerichtsverhandlung, denn inzwischen wurde durch einen Zufall der wirkliche Mörder gefunden, der dann seine Tat auch gestand.

Dies war der Anlaß zu einer aufsehenerregenden Enquete, in welcher die Abschaffung des dritten Grades gefordert wurde. Es bildete sich eine Untersuchungskommission, die ein halbes Jahr lang Material sammelte und jetzt mit diesem Material vor die Öffentlichkeit trat. Eine ganze Reihe grauenhafter Fälle enthält der veröffentlichte Bericht.

Die Untersuchungskommission stellte fest: "Auf eine jede mögliche Art und Weise werden die Gefangenen gepeinigt und gefoltert, bis sie sich endlich entschließen, eine sich selbst delatierende Aussage zu machen. Die Unglücklichen werden in überhöhte Zellen gesperrt, und die Polizisten, die sich handlich ablassen, sorgen dafür, daß die Gefangenen nicht einschlafen. In jeder Zelle sind die Gefangenen mit einem Mörser Temperaturschwankungen von 30 bis 40 Grad und auch mehr eingestellt werden können. Nachdem der Delinquent eine regelrechte Schweißkur durchgemacht, erfolgt ein Temperatursturz, und nun kriert der Häftling. Es ist nur natürlich, daß solche Methoden den Gefangenen veranlassen, alles nur Gewünschte anzugeben, selbst dann, wenn er keine Aussagen bei der Gerichtsverhandlung wieder zurückzieht."

Nun beginnt die Kommission mit der Aufklärung der verschiedenen Fälle. In Pennsylvania, im Städtchen Imperial, wurde vor einigen Monaten der Grundbesitzer John Bartosky, der einen Polizisten, welcher in seine Wohnung eingedrungen war, verurteilt, verhaftet. Der Grundbesitzer wurde der Staatspolizei übergeben. Vincent Foster, der die Untersuchung

leitete, hatte nun eine Kugelmuschel ergriffen und solange den Beschäftigten auf den Kopf geschlagen, bis dieser ohnmächtig zusammenfiel. Als Bartosky wieder zum Bewußtsein kam, ergaben sich Schlagen von neuem. Nachdem der Verurteilte wieder erwacht, übernahm diese Verurteilung der Vollstreckung.

Ein anderer Fall, Meruder betrafte Raymond Nolan, Professor der Columbia-Universität. Es handelt sich um eine Streikangelegenheit. In der einen Fabrik legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Es wurden Streikbrecher gedungen. Zwischen den Streikenden und den Streikbrechern entstand vor dem Fabrikier ein heftiges Handgemisch. Zwei Streikbrecher wurden hierbei verwundet. Die Polizei erschien, griff aus der Menge zwei Arbeiter namens William Hietter und George Bakanowsky heraus und führte sie mit die Polizeimache.

Drei Tage lang wurden sie auf der Polizei gehalten, dann leiteten sie am nächsten Tag nach Lahn heim, und als sie drei Tage später wieder erscheinen sollten, hängten sie sich aus Furcht vor den neuen Folterqualen. Sie hinterließen einen Brief, in welchem geschrieben stand: "Wir luden aus, daß wir von unseren Führern angeführt wurden, den Streik und die darauf folgende Streikerei zu beenden. Da wir so etwas nicht ausführen konnten, weil es tatsächlich nicht der Fall war, wurden wir in ein Zimmer geführt und an Händen und Füßen gefesselt. Jetzt habe man uns auf unmenseliche Weise geschlagen, und zwar auf den Rücken und auf die nackte Brust. Als wir schon aus mehreren Stunden bluteten, und noch immer nicht ansagen wollten, begu, konnten, wurden wir in ein phantastisches Laboratorium geführt, an dem Operationsstuhl geschnitten und

der Zahnarzt begann an den Nerven unserer gefunden Zähne zu bohren.

Wir hielten diese Tortur nicht aus, wurden ohnmächtig. Nun stößte man uns Cognac ein und als wir die Augen aufschlugen, begann das Foltern von neuem. Und da uns gesagt wurde, daß bei der neuen Vernehmung, wenn wir uns nicht entschließen, nicht alles zu sagen, was wir wissen, wir wieder gefoltert werden, entschloßen wir uns, zu sterben."

Und nur zuletzt noch ein Fall. Der slowakische Arbeiter Janko Martialis wurde kürzlich wegen Verdacht von der New Yorker Polizei verhaftet. Man hatte ihn, da er kein Geständnis ablegen wollte, zuerst mit Gummischlägen auf den Kopf bearbeitet. Diese Methode bevorzugt die Polizei, da Gummischläge besonders keine bedeutenden Spuren hinterlassen. Als diese Behandlungsmethode nicht nützte, kamen verschiedene Schlaginstrumente zur Verwendung. Der Angeklagte blieb noch immer stumm.

Nun begann die sogenannte "velische" Folterung. Der Angeklagte wurde einem Kreuzstuhle unterzogen, das über dreißig Stunden dauerte. Während dieser Zeit wechselten die Wärter einander ab; aber dem Beschuldigten gönnte man keine ruhige Minute. Auch dieses Verhör blieb ergebnislos. Jetzt kam das grauenhafte. Die Polizei brachte in Erfahrung, daß der angebliche Mörder Morphium hat. Nun wurden in die Zelle Morphium und eine Morphiumspritze gebracht, dem Beschuldigten übergeben und ihm gestattet, eine Morphiuminjektion zu machen. Janko Martialis war glücklich, überglücklich. Aber in dem Augenblick, als er die Injektionsnadel in seinen Arm einführen wollte, erhielt er einen Faustschlag auf die Spritze haltend zu Boden. Dieses "Spiel" wiederholte sich einige Male. Der "Mörder" war schon dem Wahnsinn nahe, bis er sich endlich zu einem Geständnis bequimte. Allerdings ist es fast sicher, daß er dieses erzwungene Geständnis bei der Verhandlung zurückziehen wird. Vorläufig liegt jedoch die Polizei.

Dies ist der amerikanische "dritte Grad".  
Paul Dinet-Denck.

## Vereinsnachrichten

Ortsgesellschaft Prag, Sonntag, den 10. Mai: 7. Tour: Abmarsch 8 Uhr von der Endstation der 15er in Svojšov nach Znojmo, (Landsturm) Führer H. Fischer. 2. Tour: Sammelung bis 7 Uhr 40 Malarski-Jahodni: Unhoj, St. Joan, Karlstein (Vortrupp) Führer Flog. - Kofje: Ringlitzour ins böhmische Paradies. Abfahrt Samstag auf die Königshöhe, Wanderung über Kupařina nach Turnau-Jičin. Ziffern etwa 80 K.

## Literatur

### Amerikanische Kriminalromane.

Nur wenige ganz Große der Literatur haben mit ihren Büchern materielle Erfolge aufzuweisen, wie die geschickten Verfasser der Kriminalromane, von einem Edgar Wallace gar nicht zu sprechen. Das Bedürfnis, in solcher hektischen Erregung, Spannung und die Romantik des Abenteurers zu suchen, hängt wohl aufs innigste mit der steigenden Räuberarbeit und Mechanisierung des Lebens der Menschen unseres Zeitalters zusammen. Es ist nicht zu leugnen, daß gelegentlich auch wirklich gebildete Menschen ihre erübenden Berufen an solcher Lektüre abzurufen suchen. Eine Reihe von Jahren hindurch hat der durch seine Massenabstraktion von Kriminalromanen zum mehrfachen Millionär gewordene Edgar Wallace das Lesepublikum vor allem des Reichspublikums fast allein bestritten, bis auch seine unstrittig vorhandene Erfindungsgabe und da-

## Frauenorganisation Prag.

Heute, Freitag, 8. Mai, um 8 Uhr abend, im kleinen Uraniasaal (Deutscher Handwerkerverein)

## Frauenabend.

Vortrag des Genossen Dr. Franzel über B. S. I. L. E. r. z. i. e. n.

Wir laden alle Genossinnen und Genossen zu diesem sehr interessanten und wichtigen Vortrag herzlich ein.

## Das Bezirksfrauenkomitee.

mit auch das Interesse seiner Leserschaft erlangt. Heute laden die typisch großen Einbände seiner zahllosen Romane — niemals löst auf dem Umschlagbild das Bild des Autors mit der länglichen Zigarettenstange im Munde — in der Buchhandlungsbücherei und auf den Buchständerbänken vergebens die Käufer, andere Kriminalromane, darunter auch solche, die einen gewissen literarischen Ehrgeiz zeigen, beginnen sie erfolgreich zu verdrängen.

Der leer gewordenen Platz der großen, sogenannten klassischen Detektive früherer Zeiten ist freilich noch zu weichen; Sheridan Holmes hat bisher seinen überragenden und vollwertigen Nachfolger gefunden. Immerhin erreichen die jüngsten der aus Amerika importierten und im Verlage von Ernst Odenburg in Leipzig erschienenen neuen Kriminalromane ein gewisses Niveau und erheben sich beträchtlich über den Durchschnittsroman der Literatur. In der Technik, in der Erfindung, in den Tricks unterrichten sie sich von früheren solchen Spannungskontanten nicht allzu viel, aber sie zeigen Gelehrigkeit und Witz in Stil und Themen eine willkommene Abwechslung.

Das Schema dieser im Verlag Ernst Odenburg erschienenen amerikanischen Kriminalromane ist freilich immer das gleiche und trägt durchaus amerikanischen Gepräge. Vorerst erscheinen eine Reihe von Personen an der Spitze eines Verbrechens verdächtig, bis am Schluß der wahre Täter, den oft kaum der erfahrene Detektivgeschichtener zu erraten vermag, gefunden wird. Den wahren Schuldigen zu finden, wird niemals verabsäumt, daß Verbrecher nicht entdeckt werden, kommt nur im Leben vor, nicht in Romanen. So erfordert es nun einmal das Rechtgefühl des amerikanischen Publikums und seine Verhaftungsfantasie können ihm dabei gerne entgegen. So ist es auch bei dem Roman "Der Fall Bellamy" von Frances Royce Hart, in dem eine junge schöne Ehefrau des Nachts in einem einsamen Gartenhäuschen durch einen Mordtod getötet wird und der Mörder und eine andere schöne Frau auf Grund verschiedener Beschuldigungen des Mordes beschuldigt werden. Dem anwaltlichen Staatsanwalt stehen sogar eine Reihe schwerwiegender Belastungszeugen zur Verfügung, so daß selbst der gewiegte Leser an die Schuld der Angeklagten glauben muß und äußerst spannend gefallt sich die Neugierwecker vor den Geschworenen, bis — selbstverständlich nach dem üblichen Beweisverfahren, das kaum mehr eine Waise offen läßt — die Klärung erfolgt. Wie das wird der Leser am besten selber nachlesen. Der Geschworene in der herrlich eingerichteten bürgerlichen Gesellschaftsordnung wird auch in den Romanen "Das schwarze Kamel" von Carl Derr Siggers und "Weheimis um Saligay" von John D. Carr in vollem Maße Rechnung getragen. In letzterem wird in Honolulu eine Plaudion ermordet und ein fabelhaft geschickter, lebend schlauer chinesischer Detektiv ermittelt die verhängenen Fäden, in letzterem geht es recht blutig und grauenvoll zu, bis auch hier der Dämon, der alle diese Untaten auf dem Gewissen hat, entdeckt wird und sein Ende findet.

Veranstaltet: Siegfried Tank  
Chefredakteur: Wilhelm Klehner  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.  
Druck: "Kofje" L. G. für Seltner und Waidner, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: Otto Dulik, Prag.  
Der Programmverleger wurde von der Post u. Telegraphenverwaltung mit Erlaß Nr. 12.500/VII/1930 besetzt.

**KINO-PROGRAMM**  
Vom 8. Mai bis 14. Mai 1931.

**Wran-Urania-Kino**  
Charles deutsches Kino Prag  
Premiere! — Premiere!  
"O alte Burschenherrlichkeit"  
Werner Finckler und seine Liebe zu einem amerikanischen Girl (Bettina Mann) Schlager: "So ein kleiner Seltsamkeit", "Wundervoll ist ein kleiner Kuf", "Feinstaub in der Luft" und viele effektvolle Szenen.

**Wo verkehren wir?**  
Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft  
**LIDOVÝ DŮM**  
(Gen. Wilhelm Opairný)  
Täglich Konzert. PRAG II., Hybernska Nr. 7.

## Aus der Partei

### Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend 1., Prag, Sonntag um halb 8 Uhr früh treffen wir uns beim Entschamer Bahnhof zur Wanderung ins Peranovial (Karlstein). Pünktlich sein!

S. J. II (Studenten). Heute, 8. Mai, im Klubzimmer der Pinae liest Genosse Erich Keller Feuchtwanger, Rätiner Klub, Polgar und Tscholich.

Note Falken. Morgen treffen wir uns um halb 4 Uhr an der Sec. Hall mitbringen! — Sonntag Wanderung. Treffen früh 8 Uhr an der Endstation der 15er in Svojšov.